IMT Nuremberg Archives

H – 353

International Court of Justice

H0353 – 0001

H0353 - 0002

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 18. MAI 1946
SITZUNG 10.00 BIS 13.30 UHR

Mr. Dodd: Hohes Gericht. Bezueglich des Antrages fuer Dokumente des Angeklagten Seyss-Inquart wurden der Anklagevertretung im Ganzen 87 Dokumente unterbreitet. Wir haben den deutschen Text geprueft und nach zahllosen Konferenzen mit dem Verteidiger des Angeklagten Seyss-Inquart fanden wir, dass wir nicht imstande sind, uns mit 17 dieser Dokumente einverstanden zu erklaeren. Die Anzahl betrug 20 gestern, wie ich sagte, aber wir haben sie auf 17 reduziert.

Dokument Nr. 5 in der Liste des Angeklagten ist eine Kopie einer Entschliessung der deutschen Nationalversammlung vom 21. Febr. 1919, die fuer den Anschluss Oesterreichs an Deutschland eintrat.

Wir haben dem Verteidiger erklaert, dass wir Einspruch erheben, weil dies vollkommen unerheblich und unwesentlich ist. Es ist eine Resolution einer deutschen parlamentarischen Koerperschaft und es erscheint uns als gleichgueltig, was sie ueber den Anschluss im Jahre 1919 dachte.

Dokument Nr. 10 ist ein Auszug aus einem Zeitungsartikel, der im Oktober 1945 veroeffentlicht wurde und der von einem Mann namens Walford Selby verfasst ist. Es ist ein kritischer Artikel, der den Vertrag von Saint Germain kritisiert, dass er nicht imstande war, die Vernichtung der oestereichi-ungarischen Wirtschaftseinheit zu vermeiden und eroertert das, was darin als die Fehler von 1919 bezeichnet werden usw. Wir verstehen, dass man damit und anderen Dokumenten die Absicht hat, den wirtschaftlichen Hintergrund der Anschlussbewegung zu erklaeren. Was man ueber ein derartiges Beweismittel sagen kann, kann man auch auf fuenf andere Dokumente sagen, die sich auf der gleichen Linie bewegen und gegen die wir keinen Einspruch erhoben haben. Aber wir sind der Ansicht, dass diese Dingen, sogar wenn erheblich, kumulativ sind.

Dokumante 7, 12, 26 und 33 beziehen sich alle auf denselben weiten Gegenstand des wirtschaftlichen Hintergrunds der Anschlussbewegung. Deshalb sind wir der Ansicht, dass sie sicherlich nicht notwendig sind, nichts hinzufuegen, nur eine Menge von Schreibarbeit verursachen und nur kumulativ sind.

Dokument Nr. 11 ist eine Rede, die von Dr. Schober gehalten wurde und zwar bezieht sie sich auf das Gebiet und die Bevoelkerung der oesterreichischen Republik. Wir haben keinen ernsthaften Einspruch gegen diese Art von Dokumenten zu erheben, aber

H0353-0003

- es sind wahrscheinlich bessere Quellen vorhanden, aus welchen der Angeklagte, wenn er es wuenscht, ueber Gebiet und Bevoelkerung Oesterreichs vom Jahre 1921 Feststellungen machen kann.

Weiterhin scheint uns, dass das Gericht sehr wohl offiziell Kenntnis ueber Gebiet und Bevoelkerung Oesterreichs, von damals, nehmen koennte, von den zuverlaessigen Veroeffentlichungen.

Dokument Nr. 14 ist eine Aussage des frueheren Kanzlers von Oesterreich im Jahre 1922 in der Hinsicht, dass Oesterreich zu Deutschland gehoert. Unser Einspruch beruht wiederum auf dem kumulativen Charakter.dieses Dokuments, weil mindestens drei andere Dokumente mit fast dem gleichen Inhalt von Dr. Renner vorhanden sind, gegen die wir keinen Einspruch erhoben haben.

Dokument Nr. 19 ist ein Auszug eines Buches von Kleinschmied. Dieser Auszug zeigt, dass eine Anzahl von Politikern von der Anschlussbewegung in Oesterreich lebten und gediehen. Das scheint uns nicht sehr wesentlich zu sein oder behilflich fuer den Gerichtshof.

Vorsitzender: Herr Dodd, was bedeutet "lebten von Propaganda", dass sie ihre Lebensunterhaltung durch Propag anda oder Aehnliches verdienten ?

Mr. Dodd: Jawohl, sie machten dieselbe zum Gegenstand um ihre politische Taetigkeit auszuueben, damit einen Vorteil zu erringen und sich politisch am Leben zu erhalten.

Dokument Nt. 21 ist ein Auszug aus dem Buch Kunschaks "Oesterreich 1918-1934". Es zeigt die Zunahme der Nationalsozialistischen Stimmen in Oesterreich von 1930-1932. Dies schien uns nicht sehr wesentlich oder irgendwelche Hilfe fuer den Gerichtshof. Wir haben dem widersprochen, weil es uns unerheblich und unwesentlich erscheint.

Dokument Nr. 22 ist ein Auszug aus einem Artikel in der "Neue Freie Presse" vom August 1932, der dem Voelkerbund entgegengerichtet ist. Auch dies ist vorgelegt worden, um den Fortbestand der Anschlussbewegung zu beweisen. Es ist aber mindestens ein weiteres Dokument, Nr. 23, vorhanden, welches denselben Zweck dient und denselben Beweis enthaelt.

Dokument Nr. 27 ist ein Auszug aus einem Artikel von Martin Fuchs "Ein Pakt mit Hitler" und bespricht die jugoslawische Politik mit Bezug auf den Anschluss Deutschlands und Oesterreichs. Dies scheint fuer die Anklagebehoerde wiederum keinen Bezug zu haben oder dem Streitgegenstand hier behilflich zu sein, naemlich was die Jugoslawen darueber dachten.

H0353 - 0004

Dokument Nr. 31 ist ein Auszug aus der "Neue Zeitung" vom 11. Januar 1946, in welchem Gordon Walker sagt, dass die Begeisterung in Oesterreich nach dem Anschluss echt war. Das ist die Ansicht des Herrn Walker, und es ist eine ganz wesentliche Meinung auf der anderen Seite vorhanden. Wir zweifeln, dass seine Meinung wesentlich oder ueberhaupt hier zutreffend ist.

Vorsitzender: Wer ist er ?

Mr. Dodd: Soweit ich weiss, ist er ein Mitglied der Arbeiterpartei in Gross-Britannien und ein Schriftsteller.

Nr. 39 ist ein Auszug aus dem Archiv 1938 und enthaelt eine Erklaerung des Senators Borah von den Vereinigten Staaten, dass der Anschluss natuerlich und unvermeidlich gewesen sei und mit den Vereinigten Staate nichts zu tun hatte, das war keine Rede von Borah im Senat, es war nur seine eigene Meinung. Er erscheint uns nicht sehr hilfreich. Spaetere Meinungen von Senator Borah waren nicht so hilfreich, und ich kann nicht sagen, dass er dem Gericht hier nicht helfen koennte mit Bezug auf diesen Streitpunkt.

Nr. 47 ist ein Auszug aus Zernattos Buch "Die Wahrheit ueber Oesterreich". Zernatto war einer der Unterstaatssekretaere Oesterreichs, wie das Gericht wissen wird. Er verliess das Land nach dem Anschluss, um in die Vereinigten Staaten zu gehen und schrieb dort sein Buch. Er gab eine Reihe von Erklaerungen ueber den Angeklagten Seyss-Inquart ab.

Das Gericht mag vielleicht daran interessiert sein, dass die Dokumente 47, 48, 54, 55, 60 und 61 Auszuege aus demselben Buch sind.

Nun es scheint uns, dass jedesmal, wo er ueber ein Gespraech mit Seyss-Inquart berichtete, dass das wichtig und von Bedeutung fuer das Gericht waere, aber wenn er nur seine Meinung ausspricht, haben wir Zweifel ueber die Erheblichkeit derselben. Diese Aussagen Nr. 47 scheint seine eigene Meinung zu sein. Er zitiert kein Gespraech oder sonst noch was, ausser, dass seine Meinung zu sein scheint, dass Seyss-Inquart sich von Leopolds Bemuehungen getrennt hat.

Wir erheben keinen Einspruch gegen 48, 50 oder 54, denn, obwohl wir zuerst dachten, wir wuerden Einspruch erheben, so erschien es doch nach Einsichtnahme, als ob sie aktuelle Gespraeche zwischen Zernatto und Seyss-Inquart darlegen , und sie wuerden wohl dem Gericht behilflich sein. Deshalb erheben wir auch keinen Einspruch gegen die naechsten Drei.

18. Mai-L-ASchw-1

Nr. 55 ist wiederum eine Erklärung im Zernatto Buch dahin, dass nach Zernatto's Meinung Seyss-Inquart nur eine Schach-Figur war, und dass er von den Nazis oder der neuen Parteifuhrung hintergangen wurde. Wir erheben Einspruch dagegen, und zwar aus dem Grund, den ich schon vorher angegeben habe, dass es die Meinung des Autors ist. Dieser steht nicht mehr zur Verfugung, weil er gestorben ist. Jedenfalls glauben wir nicht, dass seine Meinung uns sehr behilflich sein kann.

Nr. 60 ist auch eine Erklärung aus Zerantto's Buch, welche ein Gespräch mit einem österreichischen Nazi behandelt, dessen Namen nicht genannt ist. Das kommt uns überhaupt zu unklar vor und könnte uns keineswegs helfen.

Nr. 61 ist wiederum eine Meinungsäusserung des Zernatto, und zwar sagt er, dass Seyss-Inquart sich fürchtete, die Verantwortung zu übernehmen.

Ich möchte unsere Einsprüche betreffs dieser Aussagen nicht so sehr betonen, ich glaube freilich nicht, dass sie sehr schädlich sind, aber ich möchte doch lieber Einspruch dagegen erheben, denn wir wollen doch diese Druckschriften möglichst kurz machen. Auch glaube ich nicht, dass sie dem Seyss-Inquart sehr behilflich sein könnten.

Nr. 68 ist das erste Dokument über Antisemitismus. Es ist ein Auszug aus der Veröffentlichung mit dem Titel "Die Elemente des Nationalsozialismus" und stammt von Bischof Alois Hudal. Es erklärt den Antisemitismus in Deutschland und Österreich und fährt fort mit einer Diskussion über Sachen, worüber das Gericht bereits vieles durch andere Angeklagte gehört hat, das Missverhältnis in der Stellung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland usw. Wir erheben dagegen Einspruch, denn es bedeutet keine Hilfe und ist nicht dienlich.

Nr. 69 ist ein anderer Auszug von Zernatto's Buch über die Gründe des Antisemitismus, wie sie von manchen Leuten gesehen werden. Es ist seine Meinung und es scheint uns nicht wichtig oder dienlich in diesem Verfahren.

H0353 - 0005

Nr. 71 ist über die slowakische Frage. Ich zweifle, dass irgendwie eine ernste Anklage hier erhoben wurde, und dass verschiedene Male die Slowaken die Autonomie nicht verlangt hätte. Dieser Auszug aus dem Archiv von 1938 soweit wir sehen können, scheint festzustellen, dass die Slowaken die Autonomie wünschten. Jedenfalls glauben wir aber, dass es hier nicht wichtig sein wird, oder dass es dem Gericht oder Seyss-Inquart helfen würde.

VORSITZENDER: Ist es ein Staatsdokument?

MR. DODD: Nein, es ist ein Dokument aus den Archiven und in diesem Sinne ist es ein öffentliches Dokument?

VORSITZENDER: Nach dem die Slowakei vom Reich übernommen wurde?

MR. DODD: Nein, nicht nach dem. Das war im Jahre 1938 und es ging der Übernahme voran.

VORSITZENDER: Ich verstehe.

Mr. DODD: Dies sind unsere Einsprüche Herr Vorsitzender. Ich glaube wir haben versucht .....

VORSITZENDER: Natürlich Herr Dodd, wir betrachten ja nur die Frage der Einsprüche zur Veröffentlichung oder vielmehr zur Übersetzung. Wir erwägen nihht die Frage der Zulässigkeit, noch binden wir Sie daran nach der Übersetzung, keine Einwendungen dagegen zu erheben.

MR. DODD: Ich verstehe das Herr Vorsitzender. Aber wir versuchten, ziemlich grosszügig betreffs dieser Liste zu sein. Die meisten von diesen Auszügen sind nicht zu lang, allerdings glauben wir, dass wir irgendwo Halt machen müssen und ich glaube nicht, dass unsere 17 Widersprüche von den 87 aufgeführten Dokumenten sehr streng wären, oder Seyss-Inquart in Wirklichkeit behinderten.

DR. STEINBAUER: (Verteidiger für den Angeklagten Seyss-Inquart).

Eure Lordschaft, Hohes Militärgericht! Ich weiss, dass Sie mein kleines Vaterland Österreich schätzen, nicht nur wegen seiner alten Kultur, wegen seiner landschaftlichen Schönheiten,

H0353 – 0006

sondern auch deshalb, weil es das erste Land war, das durch Hitler seine Freiheit verlor. Aber trotz aller Wertschätzung, die Sie diesem Lande entgegenbringen, kann ich von Ihnen nicht verlangen, dass Sie als Vertreter von Grossmächten die Geschichte des Landes bis ins Kleinste kennen. Ich glaube aber, dass es für die Verteidigung Seyss-Inquart's von grösster Wichtigkeit ist, dass Sie verstehen, aus welchem Milieu heraus, aus welchen Motiven heraus der Mann so gehandelt hat, wie er gehandelt hat.

Ich sehe drei Gründe die zum Anschluss geführt haben.

Erstens die wirtschaftliche Notlage, die sich wie ein roter Faden von 1918 - wir müssen es leider sagen - auch noch durch 1946 hinzieht.

Der zweite Grund ist, ich werde mich ganz kurz fassen bezüglich der Dokumente.....

VORSITZENDER: Dr. Steinbauer, wollen Sie sich so schnell wie möglich jetzt den Dokumenten zuwenden. Sie werden sich erinnern, es handelt sich ja nur um die Frage, ob sie übersetzt werden sollen oder nicht.

DR. STEINBAUER: Ja.

Der zweite Grund ist die Uneinigkeit der Demokratischen Parteien.

Der dritte Grund ist das Verhalten der umliegenden Mächte. Aus diesem Gesichtspunkt heraus habe ich die Dokumente zusammengestellt.

Das erste Dokument ist ein Beschluss der Weimar'er National Versammlung. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass es wichtig ist für die Beurteilung, dass der Anschluss nicht nur ein Wunsch der Österreichischen Bevölkerung war, sondern der Wunsch des deutschen Volkes. Es ist ganz kurz und ich möchte bitten es zuzulassen.

Das zweite Dokument ist von Sir Selby, der viele Jahre in Wien britischer Gesandter war, ein aufrichtiger Freund unseres Landes und der den wirtschaftlichen Hintergrund und die wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich kannte, die zum Anschluss

H0353 - 0007

geführt haben. Deshalb habe ich diese Urkunde gebracht.
Die nächste Urkunde ist eine Rede des Bundeskanzlers Dr. Schober, der in der Welt grosses Ansehen genossen hat und in dieser Rede ebenfalls hinweist, dass die Lasten die man Österreich aufgelegt hat, grösser sind als es imstande ist, sie tatsächlich zu bewältigen. Er bezeichnete das ganze als eine Konkursmasse.

Die nächste Urkunde ist eine Rede des jetzigen Bundespräsidenten Dr. Karl Renner im Jahre 1922.

Damals ist Dr. Seipel nach Genf gefahren und hat mit grosser Mühe beim Völkerbund eine Anleihe durchgesetzt, die aber für uns deshalb ausserordentlich wichtig ist, weil gleichzeitig von Österreich verlangt wurde, dass wir 10 Jahre auf die Unabhängigkeit verzichten, das heisst, keine Schritte unternehmen, die Anschluss bedingungen abzuändern.

Renner ist damals gegen Seipel im Parlament aufgetreten. Es ist dieses Dokument keineswegs kumulativ mit 33, weil ich in 33 nur darin die Situation wirtschaftlich aus dem Jahre 1938 schildern will.

Die nächste Urkunde ist Punkt 2 meiner Grundlage, nämlich die starke politische Propaganda für den Anschluss. Jedenfalls muss ich aber entschieden bestreiten Hohes Gericht, wenn mein Buch, das die nächste Urkunde Nr. 21 ist, irlevant ist. Ich halte es für ausserordentlich wichtig f stzuhalten, dass diese ganz neue junge Partei, die auf diesem Nährboden der wirtschaftlichen Notlage sich gebildet hat, vom Jahre 1930 - 1932 sich in der Stimmenzahl verzehnfacht hat. Also immerhin eine namhafte politsche Opposition gegen die Regierung vorhanden war.

H0353 - 0008

Das naechste Dokument Nr. 22 ist ein Artikel der wiederum die wirtschaftliche Situation Oesterreichs beleuchtet, in einem sehr wesentlich historischen Zeitpunk naemlich in dem Moment wo Bundeskanzler Dollfuss nach Lausanne gegangen ist, um eine neue Anleihe von Völkerbund zu bekommen und wo neuerdings uns die Bindung a erlegt wurde auf weitere 10 Jahre den Anschlussgedanken zurueckzustellen. Sowohl diese Urkunde, als auch die nächste ist nicht kumulativ, naemlich Nr. 23. Die ei die die politische und die andere, die die wirtschaftliche Stellung der Parlamentarier zur Voelkerbundslage zu der Anleihe aus dem Jahre 1932 darstellt.

Die naechste Urkunde ist nur ein Ausschnitt aus der Stellungnahme der verschiedenen Randstaaten und anliegenden Staaten in der Anschlussfrage. Ich habe Jugoslavien herausgegriffen, weil gerade dieses Land am staerksten den Anschlussgedanken in der Aussenpolitik uns gegenueber gefordert hat.

Was die Urkunde Nr. 31 anbelangt, moechte ich sagen, zusaetzlich zu den Ausfuehrungen des Herrn Anklaegers, dass Gordon Walker nicht nur ein Mitglied der Labor-Partei ist, sondern was viel wichtiger ist, er war die ganzen Kriegsjahre hindurch Leiter des britischen Rundfunks, Abteilung Oesterreich und ist selbst im Jahre 1938 in Oesterreich gewesen und hat den Anschluss miterlebt, sein Urteil ist daher immerhin ausserordentlich wichtig, weil es das Urteil eines prominenten Auslaender ist.

Das gleiche gilt von den naechsten Urkunden des amerikanischen Senators B o r a h , der 25 Jahre Vorsitzender des amerikanischen Aussenausschusses war. Seine Meinung ist immerhin sicherlich beachtenswert.

Die naechsten Urkunden betreffen Aeusserungen des Dr. Zernatto. Ich moechte ergaenzend hinzufuegen, dass Dr. Zernatto Bundesminister, Generalsekretaer der vaterlaendischen Front und die rechte Hand Schuschniggs im Zeitpunkt der vaterlaendischen Front und die rechte Hand Schuschniggs im Zeitpunkt des Anschluss war. Er ist einer der geistigen Vaeter der Schuschnigg-Volksabstimmung. Er ist leider in der Emigration ausswaerts 1941 gestorben. Ich kann ihn nicht mehr als Zeugen bringen, aber sein Buch ist ein Dokument. Es gibt uns tatsaechlich wieder was der Mann damals in den kritischen Tagen erlebt hat.

Ich moechte unbedingt bitten, dass man auch die restlichen drei Dokumente die sehr kurz sind, im Buche belaesst.

Was die naechsten zwei Urkunden anbelangt, betreffend die antisemitische Frage, so habe ich mich sehr ungern entschlossen, sie aufzunehmen, um nicht etwa de Vorwurf antisemitischer Propaganda zu bekommen. Ich habe sie aufgenommen, weil

H0353 - 0009

weil im Trial-Brief meinem Klienten der Vorwurf gemacht wird, dass er Mitglied einer antisemitischen Vereinigung war. Dieser Vorwurf ist insofern ungerechtfertigt, als man diesem Verein eine groessere Bedeutung zuweist, als ihm tatsaechlich zukommt. Falls die Angelegenheit von der Staatsanwaltschaft nicht wieter erwaehnt wird, lege ich keinen besonderen Wert auf diese beiden Urkunden.

Die letzte Urkunde, die bemaengelt wird, ist Nr. 71. Sie beinhaltet das Uebereinkommen von Pittsburg das zwischen Massaryk und Klinka dem Slowakenfuehrer geschlossen wurde und wo Massariyk feierlich die Autonomie den Slowaken versprochen hat, dass sie in dieser Form eingehalten wurde und eine starke Autonomie-Forderung in der Slowakei ausgeloest hat, die von Hitler unterstuetzt wurde. Ich bitte aus diesen Gruenden auch die Urkunde noch zu genehmigen.

VORSITZENDER: Dr. Steinbauer, das Gericht wird die Frage dieser Dokumente pruefen.

Bitte Schoen Dr. Siemers.

DR. SIEMERS: (Verteidiger fuer den Angeklagten Raeder)

Hohes Gericht, ich habegestern im Zusammenhang mit Norwegen an einer Stelle die Urkunden Nr. 81, 82, 83, 84, 85, und 86 ueberreicht, zu entschuldigen, dass ich vergass, ein dazu gehoeriges Dokument ebenfalls zu ueberreichen und ich darf dies nachholen.

Es handelt sich um das vom Gericht genehmigte Raeder-Exhibit Nr. 88, ein Dokument das ebenfalls aus dem Weissbuch stammt und in dem Dokumentenbuch Nr. 5, auf Seite 392 folgendes abgedruckt ist. Dieses Dokument stellt den englischen Befehl vom 6. April 1940 betreffend Vorbereitungen zur Besetzung der nordschwedischen Erzfelder von Narvik dar. Da das Dokument dem verehrlichen Gericht bekannt ist, brauche ich nichts weiter daraus zu verlesen.

DURCH DR. SIEMERS:

F. Herr Grossadmiral wir waren gestern beim Thema Russland stehengeblieben. Sie hatten meine Frage ueber die Weisung Nr. 21, Dokument 446 PS vom 18. Dezember 1940 beantwortet und zwar dahin, dass die Marine an dieser Weisung nicht mitgearbeitet hat. Sie fuehrten weiter aus, dass die Marine die Vorbereitungen befehlsgemaess im Januar vorgenommen hat.

A. Darf ich zu der Weisung noch kurz sagen, dass Sie sich gestern, glaube ich, insofern versprochen haben, als Sie sagten, dass die Weisung von Hitler, Keitel und Jodl unterschrieben war. Es war dies das Exemplar des Fuehrungsstabes,

H0353 – 0010

wo Hitler unterschrieben hatte, wo aber Herr Keitel und Herr Jodl nur abgezeichnet hatten. Also eine Unterschrift der Beiden kam nicht in Frage, solche Weisungen wurden, wenn sie hinausgingen, nur von Hitler unterschrieben und die anderen konnten nur gegenzeichnen.

DR. SIEMERS: Ja, ich bitte um Entschuldigung und danke Ihnen vielmals fuer die Berichtigung.

Im Zusammenhang hiermit, darf ich das Gericht bitten, auf die Urkunde C 35, gleich Nr. 132 zu achten, Diese Urkunde befindet sich im Dokumentenbuch der britischen Delegation Nr. 10a, Seite 16. Es ist ein Auszug aus dem Kriegstagebuch, mit dem Datum vom 30. Januar 1941 und stellt die Vorbereitungen der Marine dar, entsprechend dem Befehl Hitlers vom 18. Dezember, wo Hitler unter IV der Weisung befohlen hatte, dass Vorsichtsmassnahmen zu treffen seien, fuer den Fall, dass Russland seine bisherige Haltung gegen Deutschland aendern sollte, also fuer den Eventuell-Fall.

DURCH DR. SIEMERS:

F. Herr Grossadmiral, im Zusammenhang mit Ihrer Darstellung ueber Russland hat die Anklage dann noch das Dokument C 66 vorgelegt, gleich GB 81. Es ist Ihr Bericht vom 10. Januar 1944 an Admiral Assmann fuer das geschichtliche Archiv der Marine. Das Dokument, ist im Dokumentenbuch der britischen Delegation Nr. 10, Seite 13.

DR. SIEMERS: (Fuer den Angeklagten Raeder)

Dort findet sich die grundsaetzliche Stellungnahme Raeders zu den Fall "Barbarossa unter "a" der Urkunde.

Dort haben Sie geschrieben unter Ziffer 1.

Ich hoere eben, dass das Dokument auch in dem Dokumentenbuch 10 a, auf Seite 35 sein soll.

Dort haben Sie geschrieben:

"Zu diesem Zeitpunkt hatte der Fuehrer seinen "unabaenderlichen Entschluss" bekannt gemacht, den Ostfeldzug trotz aller Gegenvorstellungen zu fuehren. Danach waren weitere Warnungen, sofern sich nicht ganz neue Lagen ergaben, erfahrungsgemaess voellig zwecklos. Von der "zwingenden Notwendigkeit" zu Barbarossa war ich als Chef der Seekriegsleitung nie ueberzeugt."

F. Haben Sie diesen damaligen Ausfuehrungen von Ihnen noch irgendetwas hinzuzufuegen?

A. Ich moechte dazu sagen, dass ich trotzdem die Weisung schon am 18. Dezemb

H0353 - 0011

herausgekommen war, nun Ende Dezember, wie sich aus dem Dokument C-170, das ich gestern verschiedentlich erwaehnte, ergibt, noch einen umfassenden Vortrag gehalten habe, um den Fuehrer von der Unrichtigkeit dieses Entschlusses zu ueberzeuge Das zeigt, dass ich ganz ausserordentlich weit gegangen bin, denn wenn der Fuehre eine Weisung herausgegeben hatte wenn sie auch nur auf einen Eventualfall abgestellt war, so war es im allgemeinen unmoeglich zu ihm mit grundsaetzlichen Erwaegungen gegen diese Weisungen zu kommen. Alles dies habe ich gestern schon ausgefuehrt und brauche nichts mehr hinzufuegen.

F. Herr Grossadmiral, Sie haben gestern im Zusammenhang mit Ihren Gegenvorstellungen bei Hitler, bezueglich Russland erwaehnt, dass im Herbst noch geplant war, die Aktion "Seeloewe" durchzufuehren, das heisst, in England zu landen.

A. Jawohl.

F. Wann ist nach Ihren strategischen Meinungen, bezw. nach Meinung der Marine diese Moeglichkeit erledigt gewesen. Wann musste man also von diesem Plan absehen

A. Im Laufe des September glaubten wir noch daran, dass die Landung durchgefuehrt werden koennte. Als Vorbedingung aber war sowohl vom Oberkommando des Heeres als auch von mir, hier immer wieder angegeben und wurde im vollen Umfange anerkannt, dass dazu die Luftherrschaft auf unserer Seite sein muesste, und es wurde immer darauf gewartet, ob diese Luftherrschaft rechtzeitig hergestellt werden koennte, denn die Landung konnte nach den ganzen Wetterverhaeltnissen spaetestens Anfang Oktober vorgenommen werden. Wenn es bis dahin nicht moeglich war, musste sie aufgeschoben werden auf den Mai des folgenden Jahres. Es stellte sich heraus dass die Luftherrschaft nicht in genuegendem Masse hergestellt werden konnte und in folgedessen wurde gesagt, dass die Landung auf das Fruehjahr des naechsten Jahres verschoben werden sollte. Es sollten weitere Vorbereitungen getroffen werden und wurden auch getroffen. Im Laufe des Winters aber wurde die Landung voellig abgeblasen und es wurde von Hitler befohlen, dass nur Vorbereitungen in den Haefen am Kanal erweitert weitergefuehrt werden sollten, damit der Eindruck fuer England bestehen blieb, dass diese Landung doch noch erfolgen wuerde. Ich hatte im September den Eindruck, dass Hitler kein sehr grosses Interesse fuer die Landung mehr hatte und, dass er innerlich vollkommen auf den Russlandfeldzug eingestellt war, neben dem er selbstverstaendlich die Landung nicht mehr durchfuehren konnte.

F. Ich komme nun jetzt zu dem Vorwurf der Anklage, dass Sie zum Kriege geg

H0353 – 0012

Amerika aufgefordert haben. Die Anklage hat in dieser Beziehung das Dokument C-252 vorgelegt, GB-122. Im Dokumentenbuch der britischen Delegation, Seite 23. Es handelt sich dabei um einen Auszug des Kriegstagebuches der Seekriegsleitung uebe einen Vortrag des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, also von Ihnen, beim Fuehrer am 18. Maerz 1941. Unter Ziffer 11 dieser Urkunde wird gesagt und ich zitiere

"Japan muss sobald wie moeglich zur Wegnahme von Singapore schreiten, da die Gelegenheit so guenstig nie wieder ist (Bindung der ganzen englischen Flotte; Nichtbereitschaft der USA gegen Japan Krieg zu fuehren: Unterlegenheit der USA-Flotte gegenueber der japanischen.) Japan bereitet zwar diese Aktion vor, will sie nach Aeusserungen japanischer Offiziere aber erst ausfuehren, wenn Deutschland zur Landung in England schreitet. Alle Bemuehungen Deutschlands muessen sich daher darauf einstellen, Japan zum sofortigen Vorgehen zu veranlassen. Hat Singapore, so sind alle anderen ostasiatischen Fragen gegenueber USA-England damit geloest (Guam, Philippinen, Borneo, Niederlaendisch-Indien).
Japan will den Krieg gegen USA moeglichst vermeiden, kann dies auch, wenn es entschlòssen baldigst Singapore nimmt."

F. Die Anklagebehoerde will diesen Hinweis von Ihnen dahingehend auslegen, dass Sie Japan zum Kriege gegen Amerika veranlassen wollten. Ist dies richtig?

A. Es ist eine der unrichtigsten Behauptungen, die in den Anklageschriften gegen mich aufgestellt worden sind.
Es ist doch ganz klar, dass wenn ich schon in einen Seekrieg mit England mit der deutschen kleinen Marine verwickelt war, ich mir unter keinen Umstaenden auch noch Amerika auf den Hals ziehen wollte und es ist hier schon wiederholt zur Sprache gekommen, dass mein eindringliches Bestreben waehrend der ganzen ersten Kriegsjahre gewesen ist, unter gar keinen Umstaenden die Vereinigten Staaten vor den Kopf zu stossen. Admiral Wagner hat hier ausfuehrlich dargestellt, welche Einschraenkungen ich der deutschen Marine auferlegt hatte um zu verhindern, dass irgend ein Zusammenstoss mit den Vereinigten Staaten erfolgte. Ich habe mir Beschraenkungen auferlegt, die eigentlich kaum zu verantworten waren, bei der Durchfuehrung des U-Bootkrieges mit solchen Mitteln.
Auf der anderen Seite haben die Vereinigten Staaten von Ende 1940 an spaetestens und das ganze Jahr 1941 uns auf alle moegliche Weise bedraengt in der Seekriegfuehrung und haben Handlungen begangen, die durchaus als unneutral hingestellt werden konnten.

H0353 – 0013

Ich erinnere nur an die Reparatur der englischen Kriegsschiffe in Amerika, eine bis dahin gaenzlich unbekannte Sache. Dann die Schiessbefehle Roosevelts im Juli und September des Jahres 1941. Angriffe von amerikanischen Zerstoerern im Atlantik auf unsere U-Boote. In zwei Faellen U-Boote 2 Stunden lang mit Wasserbomben verfolgt bis sie schliesslich auftauchten und schossen und in den einen Fall auch einen Zerstoerer beschaedigten. Trotz allem diesen habe ich noch im Jahre 1941 Hitler darueber Vortrag gehalten, dass wir weiterhin die Handelsschiffahrt der Vereinigten Staaten in keiner Weise belaestigen und der Erfolg davon waere, dass die USA Handelsschiffe voellig ungestoert ueber den Ozean fahren konnten auf Wegen, wo sie wollten, dass sie in der Lage waeren Nachrichten ueber unsere Kriegfuehrung abzugeben, ohne dass wir sie daran hinderten und dass die Englaender dadurch in der Lage waeren, ihre Schiffe als amerikanische zu tarnen. Das haben sie auch getan; denn das erstemal, als unsere Panzerschiffe "Admiral Scheer" bei seiner Atlantikfahrt ein Schiff mit amerikanischer Flagge untersuchte, stellte sich heraus, dass es das englische Schiff Canadian Cruiser sei. Trotz allen dieses, habe ich dem Fuehrer empfohlen und habe es voellig gebilligt, dass wir keine Massnahmen gegen die amerikanischen Schiffe ergriffen; dass sie nicht nach Hlifax gingen, um Minen zu legen, hat ebenfalls Admiral Wagner schon erwaehnt.

F. Dieser Vorschlag, dass Japan Singapore wegnehmen soll, war demnach lediglich darauf gerichtet, eine Hilfe und einen Bundesgenossen gegen England zu erhalten, mit dem wir ja bereits im Kriege standen.

H0353 – 0014

A: Das ist tatsaechlich so und ich darf ganz kurz den Verlauf oder die Entwicklung schildern, wodurch es zu diesem Vorschlag kam; das war nicht ein Initiativvorschlag von mir, sondern im Anfang 1941 waren politische Verhandlungen teilweise vom Fuehrer, teilweise vom Aussenminister gefuehrt mit Japan. Zu diesen Verhandlungen war ich ueberhaupt nicht hinzugezogen. Ich muss sagen - leider - denn es wurde gar Manches besprochen, was nicht stimmte und es zeigt aber auf der anderen Seite, dass wieder von Verschwoerung keine Rede war. Es kam zu einer Annaeherung und es kam ja dann der Besuch des Aussenministers Matsuoka, glaube ich, im Maerz.

Auf Grund dieser ganzen Entwicklung gab der Fuehrer am 5. Maerz 1941 eine Weisung, Nr. 24 heraus; das ist das Dokument C-75, US-Exhibit 151 vom 5. Maerz.

DR.SIEMERS: Ich darf das Gericht auf diese Urkunde C-75 hinweisen, US-Exhibit Nr. 151, im Dokumentenbuch der britischen Delegation Nr. 10-A, Seite 58.

In dieser Weisung Nr. 24 steht unter Ziffer 3 a:

"Als gemeinsames Ziel der Kriegfuehrung ist herauszustellen, England rasch niederzuzwingen und die USA dadurch aus dem Krieg herauszuhalten".

Und drei Absaetze weiter steht unter d)

"Die Eroberung von Singapure - - - "

VORSITZENDER: Haben Sie es richtig, auf Seite 58, bezueglich der Zusammenarbeit mit Japan ?

DR.SIEMERS: Ich hoere eben zu meiner Ueberraschung, dass von dieser Weisung in der englischen Uebersetzung nur ein Teil enthalten ist.

Ich bitte das Gericht, mir zu gestatten, dass ich unter diesen Umstaenden als Raeder-Dokument nachtraeglich die vollstaendige Weisung einreiche.

VORSITZENDER: Haben Sie das im Raeder-Dokumentenbuch, Dr.Siemers ?

DR.SIEMERS: Nein, bisher nicht, weil ich nicht wusste, dass nur ein Teil uebersetzt worden ist. Ich bitte um die Erlaubnis, dass ich das Dokument im vollen Umfange als Raeder-Exhibit nachreichen darf.

VORSITZENDER: Jawohl, jawohl.

DR.SIEMERS: Dies findet sich also unter Ziffer 3 a und das naechste Zitat findet sich unter Ziffer 3 d und heisst folgendermassen :

"Die Wegnahme von Sihgapure als Schluesselstellung Englands im Fernen Osten wuerde einen entscheidenden Erfolg fuer die gesamte Kriegfuehrung der drei Maechte bedeuten. Ausserdem sind Angriff auf andere Stuetzpunkte der englischen

H0353 - 0015

Seemacht, wenn Kriegseintritt der USA nicht verhindert werden kann, geeignet, das dortige Machtsystem des Feindes zu erschuettern".

Ich bitte das Gericht darauf zu achten, dass hier von Hitler bereits am 5.Maerz, das ist das Datum der Weisung, die Wegnahme von Singapure angeordnet wurde. Folglich kann der Vorschlag von Gross-Admiral Raeder in der Urkunde C-152 vom 18.Maerz nicht mehr massgebend gewesen sein, da bereits ein Befehl Hitler's vorlag. -

A: Darf ich kurz dazu noch sagen: Es ist immer wieder dasselbe bei jedem der Faelle, die hier erwaehnt werden, zunaechst die politische Entscheidung Hitler's des Staatsoberhauptes, dann die Weisung des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht fuer die Wehrmacht, dann das Ziehen der Folgerung seitens der einzelnen Wehrmachtsbefehlshaber. Und, nachdem ich die Weisung vom 5. Maerz erhalten hatte, musste ich ueberlegen wie strategisch Japan, wenn es in den Krieg eintreten wollte, am zweckmaessigsten eingesetzt werden wuerde und da kam es wieder darauf an, wie wird auch zur See England am zweckmaessigsten geschaedigt und da musste ich ganz besonders deswegen darauf draengen, dass Japan gegen Singapure vorging, weil es auch Kreise gab, die der Ansicht waren, dass Japan besser gegen Vladivostock vorging, was ein grober Fehler gewesen waere und es musste das Machtzentrum in Ostasien angefasst werden. Aber gerade der Umstand, dass auch ich glaubte, dass durch die Wegnahme von Singapure die USA vom Krieg abgeschreckt wuerden, hatte mich ja mit zu diesem Vorschlag veranlasst und nicht das Gegenteil.

F: Ich komme dann in diesem Zusammenhang auf das Dokument Nr. 1877-PS, das in der Spezialanklage gegen Sie vorgelegt wurde. Es ist US-Exhibit Nr. 152 und befindet sich im Dokumentenbuch der britischen Delegation, 10, Seite 320. Es ist die Unterhaltung zwischen dem Japanischen Aussenminister Matsuoka -- Ich hoere eben, es soll nicht 320, sondern Nr.319 sein. Es ist die Unterhaltung zwischen - - -

VORSITZENDER: Es sollte 10-A sein, nicht Io ?

DR.SIEMERS: 10-A, ich bitte um Entschuldigung. Es ist die Unterhaltung zwischen Matsuoka und Herrn von Ribbentrop am 29. Maerz 1941. Hierueber ist schon einmal gesprochen worden. Im achten Absatz der Urkunde ist folgendes gesagt:

"Der Reichsaussenminister kam anschliessend noch einmal auf die Frage Singapure

H0353 - 0016

H0353 - 0017

zu sprechen; angesichts der von Japan geaeusserten Befuerchtungen wegen etwaiger U-Boot-Angriffe von den Phillipinen her und das Eingreifen der englischen Mittelmeerflotte habe er die Lage noch einmal mit General-Admiral Raeder besprochen. Dieser hat ihm erklaert, dass die englische Flotte in diesem Jahr in den englischen Heimatgewaessern und dem Mittelmeer so vollstaendig beschaeftigt sein wuerde, dass sie auch nicht ein einziges Schiff nach dem Fernen Osten entsenden koennte.

Die amerikanischen U-Boote habe General-Admiral Raeder als so schlecht bezeichnet, dass sich Japan um sie ueberhaupt nicht zu kuemmern brauche".

Herr von Ribbentrop hat auf meine Frage am 1. April 1946 erklaert, dass er sich geirrt habe, die Aeusserung wahrscheinlich von Hitler stamme. Ich bitte Sie, diesen Punkt endgueltig aufzuklaeren.

A: Ich kann nur bestaetigen, dass ich niemals mit Herrn von Ribbentrop ueber solche Fragen gesprochen habe, denn leider bestanden ja keinerlei Beziehungen zwischen dem Auswaertigen Amt und dem OKM, zumal der Fuehrer es verboten hatte, dass irgendwelche Unterredungen der Militaerbehoerden mit dem Auswaertigen Amt stattfanden. Eine solche Aussprache wuerde ich niemals getan haben, da sie einmal meiner Auffassung voellig widersprach, und da ich in diesem Fall auch irgendwelche Grundlagen fuer eine solche Behauptung nicht hatte.

F: Herr Grossadmiral, ist nicht im Gegenteil in der SKL oft die Frage behandelt worden wie stark die industrielle und kriegerische Faehigkeit und militaerische Faehigkeit von USA sei, und dass gerade deshalb jeder Eintritt von USA zu befuerchten waere ?

A: Darueber waren wir uns voellig klar bis in alle Einzelheiten.

F: Haben Sie dieses Dokument Nr. 1877-PS, das Ihnen vorliegt, ueberhaupt jemals waehrend des Krieges gesehen ?

A: Nein, nein.

F: Sind Sie ueber diese Unterhaltung zwischen Herrn von Ribbentrop und dem japanischen Aussenminister Matsuoka, beziehungsweise ueber die Besprechung mit Oshima orientiert worden ?

A: Nein, ich habe mir nur vom Fuehrer sagen lassen, und das geht ja auch aus dem Dokument C 170 hervor, welches dann das Resultat seiner Unterhaltung mit Matsuoka gewesen waere. Aber mit Herrn von Ribbentrop habe ich keine Unterhaltungen gehabt.

H0353 - 0018

DR.SIEMERS: Hohes Gericht, ich bin eben gebeten worden, ein Wort von mir richtigzustellen, das ich eben gebraucht habe. Um fair zu sein, moechte ich dieses tun. Ich habe gesagt: Hitler hat in der Weisung vom 5. Maerz 1941 "befohlen", Singapur wegzunehmen.

Die Ausdrucksweise ist nicht richtig. Er konnte selbstverstaendlich Japan nichts befehlen. Der Irrtum kommt daher, weil die Weisung anfaengt mit den Worten: "Der Fuehrer hat fuer die Zusammenarbeit mit Japan folgendes befohlen."
Und unter Ziffer 3 heisst es dann: "Hierzu gelten folgende Richtlinien", und unter den Richtlinien ist dann die Wegnahme von Singapur vorgesehen.

F: Herr Grossadmiral, haben Sie irgendwann, bei irgendeiner Besprechung irgend jemanden vorgeschlagen, dass Japan einen Angriff auf Pearl Harbour machen muesse?

A: Nein, davon ist niemals die Rede gewesen.

F: Haben Sie irgendetwas von diesem Plan gehoert, bevor Japan Pearl Harbour angriff ?

A: Neimals. Es war eine voellige Ueberraschung fuer mich und die SKL, dass dieser Angriff stattgefunden hatte, und es ist da ein voelliges Verkennen der Mentalitaet der Japaner, wenn man annimmt, dass sie einen solchen Plan auch nur irgend einen Menschen innerhalb von Japan mitteilen, der nicht unmittelbar damit zu tun hat. In der gleichen Weise haben sie ja 1904 die russischen Schiffe voellig aus heiterem Himmel ueberfallen, ohne dass irgend jemand es ahnte.
Hohes Gericht, ich darf in diesem Zusammenhang mir 3 genehmigte Dokumente einreichen, und zwar Raeder Exhibit-19, im Dokumentenbuch II, Seite 108. Es handelt sich um den Bericht des amerikanischen Generals Marshall, der mir mit Hilfe des Gerichts zur Verfuegung gestellt wurde. In diesem Bericht vom 1. September 1945 hat General Marshall folgendes ausgefuehrt: Ich verweise auf Seite 116:
"Um festzustellen, wann und wie Deutschland und Japan versagten, bat ich General Eisenhower um Befragung der hoechsten deutschen militaerischen Fuehrer, die zur Zeit Kriegsgefangene sind, durch seine Abwehroffiziere. Das Ergebnis dieser Interviews sind von ausserordentlichem Interesse. Sie geben uns ein Bild von Meinungsverschiedenheiten zwischen den feindlichen Nationen sowie einen Mangel an weitreichender Planung, - beides Faktoren, die in den kritischen Augenblicken dieses Weltkrieges sehr wohl die entscheidenden gewesen sein moegen".
Und 2 Absaetze spaeter: "Kein Beweis ist bis jetzt gefunden, dass das deutsche Oberkommando einen alles erfassenden strategischen Plan hatte. Das Oberkommando

H0353 - 0019

billigte zwar grundsaetzlich die Politik Hitler's, aber dessen ungestueme Strategie ueberrannte die deutschen militaerischen Faehigkeiten und fuehrte schliesslich zur Niederlage Deutschlands. Die Geschichte des deutschen Oberkommandos von 1918 an ist von staendigen persoenlichen Konflikten erfuellt, in welchen sich zunehmend Hitler's persoenliche Befehle gegen militaerisches Urteil durchsetzten. Der erste Zusammenstoss erfolgte im Jahre 1938 und endete mit der Entfernung von Blomberg's, von Fritsch's und Beck's und des letzten wirkungsvollen konservativen Einflusses auf die deutsche Aussenpolitik.

Die Feldzuege in Norwegen, Frankreich und in den Niederlanden hatten ernste Diversionen zwischen Hitler und den Generaelen, besonders hinsichtlicht der Einzelheiten in der Durchfuehrung der strategischen Plaene zur Folge. In jedem Fall setzte sich der Generalstab fuer die orthodoxe Form der Durchfuehrung ein, - Hitler dagegen fuer einen unorthodoxen Angriff, drssen Ziele in jedem Falle tief im Feindgebiet lagen. Es setzte sich Hitler's Auffassung durch und der wirklich erstaunliche Erfolg jedes dieser auf einanderfolgenden Feldzuege erhoben Hitler's Prestige zu einem Punkt, wo man nicht mehr wagte, seiner Ansicht zu widersprechen. Sein militaerisches Selbstvertrauen wurde grenzenlos nach dem Sieg in Frankreich und er begann nunmehr die Gedankengaenge seiner Generaele selbst in der Gegenwart juengerer Offiziere zu kritisieren und herabzusetzen. So kam es, dass vom Generalstab kein Widerstand mehr vorgebracht wurde, als Hitler seinen schicksalhaften Entschluss fasste, in Sowjet-Russland einzufallen."

Auf Seite 118 ist ein Auszug ueber Deutschland und Japan. Ich zitiere:

"Es liegt fernerhin keinerlei Beweis vor fuer enge strategische Planung zwischen Deutschland und Japan. Der deutsche Generalstab erkannte die Bindung Japans durch den Neutralitaetspakt mit Russland an, hoffte jedoch, dass Japan starke britische und amerikanische Land-, See- und Luftstreitkraefte im fernen Osten binden wuerde.

Da bisher kein gegenteiliger Beweis vorliegt, ist anzunehmen, dass Japan ebenfalls auf eigene Faust handelte und nicht in Uebereinstimmung mit vorher coordinierten strategischen Plaenen".

Und ferner im ebenfalls genehmigten Dokument Raeder-Exhibit-113 und 114, im Dokumentenbuch VI, Seite 494 und Seite 497.

VORSITZENDER: Dr.Siemers, ich glaube, Sie sollten den Zeugen fragen, ob er mit den Ansichten des General Marshall uebereinstimmt ?

H0353 - 0020

DR.SIEMERS:

G: Herr Gross-Admiral, stimmen Sie mit den Ansichten des amerikanischen Generals Marshall ueberein?

A: Ich habe die Ausfuehrungen nicht so tief aufgenommen; im allgemeinen sind es ja Gedankengaenge, die wir auch gehabt haben, aber ichkann nicht zu jedem einzelnen Punkte sicherstehen, dazu muesste ich sie nochmals ansehen oder sie muessten nochmals vorgelesen werden.

DR.SIEMERS: Ich glaube, die allgemeine Bestaetigung des Admirals genuegt. In dem Raeder-Exhibit-113 moechte ich mich auf die Ueberschrift beziehen: "Die Armee hat Japans Bewegung vorhergesehen, erklaert Marshall".

Washington, 11. Dezember ---

General George C.Marshall, fruecher Generalstabschef der Armee, anerkannte gestern Abend, dass die Armee mehr als 10 Tage vor dem 7. Dezember 1941 wusste, dass eine japansiche Bewegung auf Pearl Harbour sie ueber die gewisse Linie hinausbringen wuerde, wo die amerikanischen fuehrenden Militaers glaubten, dass die Vereinigten Staaten kaempfen sollten".

Ich moechte, um Zeit zu sparen, nicht alles vorlesen, es ergibt sich aus der Mitteilung des Marshall, dass das japanische Vorruecken in Richtung Schanghai sich nach Sueden zu bewegte, von der USA-Berichterstattung am 25. und 26. November 1941 gemeldet wurde. Und ferner hat Marshall bezeugt, dass Vorbereitungen in USA ausgearbeitet waren vor dem Kriege fuer dieKonstruktion von Langstrecken-Bombern, die in Richtung Raboul, Instanbul und Singapur vorgehen sollten.

Im Raeder-Exhibit-114, das ich ebenfalls mit Henry Stimson's Erklaerungen, datiert vom 21. Maerz, vorlege, hat Henry L.Stimson als ehemaliger Kriegsminister der Vereinigten Staaten von Amerika aufgedeckt, dass das fruehere Kabinett des Praesidenten Roosevelt 9 Tage vor dem Angriff der Japaner auf Pearl Harbour einen Angriff auf die japanischen Streitkraefte, und zwar ohne Warnung, diskutiert und abgelehnt habe. Stimson hat dies in einer Aussage wiedergegeben, dass er am 28. Nov. 1941 Nachricht erhalten habe von japanischen Bewegungen entlang der asiatischen Kueste. Am selben Tage versammelte sich das Kabinett wie er sagt und diskutierte, was die japanische Bewegung wohl zu bedeuten haben koennte. Er hat dann weiter gesagt, "wenn die Japaner in den Isthmus von Kra gelang-

H0353 – 0021

ten, wuerden die Englaender kaempfen und in dem Falle wuerden auch wir kaempfen muessen".

F: Hat demnach, Herr Gross-Admiral, die USA fruecher ueber die Planungen von Japan Bescheid gewusst, als Sie ?

A: Offenbar, ja.

F: Ich komme dann zum naechsten Vorwurf der Anklage gegen Sie, und zwar betrifft dieser Brasilien. In dieser Beziehung hat die Anklagebehoerde das Dokument 1807-PS vorgelegt; ist GB-227, im Dokumentenbuch der britischen Delegation 10-A, Seite 288.

H0353-0022

Es handelt sich um Jodl's Tagebuch, und zwar um die Eintragung vom 16.6.1942.

DR. SIEMERS: Ich muss leider wieder um Entschuldigung bitten, mir wird eben gesagt, es ist die Seite 287, nicht 288.

Die Eintragung lautet: "Am 29.5. hat die SKL die Freigabe des Waffeneinsatzes gegen die brasilianischen See= und Luftstreitkräfte beantragt. Sie hält ein schlagartiges Zupacken gegen brasilianische Kriegs= und Handelsschiffe zum jetzigen Zeitpunkt, wo Abwehrmassnahmen noch unvollständig und die Möglichkeit zur Überraschung gegeben sind, für zweckmässig, da Brasilien praktisch gegen Deutschland Seekrieg führe."

F: Die Anklage macht Ihnen hieraus den Vorwurf der Neutralitätsverletzung und des Völkerrechtsbruches, weil Sie diesen Vorschlag zu einer Zeit gemacht haben, wo Brasilien neutral war. Ich erinnere daran, dass der Krieg mit Brasilien 2 Monate später, am 22. August 1942 erst ausbrach. Ich bitte Sie, kurz aus Ihrer Erinnerung dazu Stellung zu nehmen?

A: Das Verhältnis zwischen Brasilien und Deutschland war damals schon sehr schlecht. Die Deutschen wurden verfolgt, schlecht behandelt, die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands wurden schwer geschädigt. Die Brasilianer waren bereits völlig den USA hörig. Sie hatten gestattet, dass USA=Flugstationen an der brasilianischen Küste angelegt werden dürfen, ebenso Nachrichtenstationen. Sie haben selbst bestätigt, dass sie ein deutsches U-Boot vernichtet hätten und auf der anderen Seite hatten Deutsche U-Boote auch brasilianische Schiffe angegriffen, weil diese nicht vorschriftsmässig beleuchtet waren und infolgedessen als solche, als brasilianische Schiffe nicht erkannt werden konnten. Deutschland hatte vorher die ganzen südamerikanischen Staaten gebeten, dass die Schiffe so beleuchtet würden, dass man sie nach ihrer Nationalität nachts erkennen könnte. Dann waren Flugzeugangriffe auf U-Boote der Achsenmächte erfolgt. Diese Flugzeugangriffe konnten nur von den brasilianischen Stationen aus unternommen sein. Auf diese Bitte der SKL an den Führer hin, ordnete dieser an, dass nocheinmal bei den Ita-

H0353 - 0023

lienern angefragt werden solle, was für Nachrichten bei ihnen vorlagen, und da wurde von den Italienern bestätigt, dass schon vor Wochen italienische U-Boote, die mit unseren zusammen operierten an der brasilianischen Küste, angegriffen seien, ebenso hatte der brasilianische Luftwaffenminister veröffentlicht, dass brasilianische- oder US-Flugzeuge, die von ihren Stationen kamen, Achsen-U-Boote angegriffen hätten. Auf diese Bestätigung hin hatte der Führer erlaubt, dass gegen brasilianische Schiffe unter der brasilianischen Küste Waffeneinsatz erfolgen dürfe, und es wurde ein Plan ausgearbeitet, wonach eine gewisse Welle von U-Booten, die im Juni von der französischen Küste abgingen, um in den Atlantik zu fahren, nach de brasilianischen Küste zu gehen haben. Der Führer hatte extra angeordnet, es sollten keine Nadelstiche sein, sondern eine energische Unternehmung. Diese Unternehmung ist dann aber nachher abgeblasen worden, und ich kann leider nicht mehr sagen aus welchem Grunde, nicht ausgeführt worden. Es ist aber ersichtlich aus unserem Dokument, das die Aufzeichnungen im Kriegstagebuch wiedergibt.

DR. SIEMERS: Hohes Tribunal, ich glaube, dass der ganze Vorwurf von der Anklage, bezüglich dieser Planung, nicht erhoben worden wäre, wenn das Dokument 1807-PS, Jodl's Tagebucheintragung vom 16. Juni, in vollem Umfange vorgelegt worden wäre. Es ist nur der erste Teil vorgelegt. Ich überreiche deshalb diese Eintragung als Räder-Exhibit Nr. 115, im Dokumentenbuch VI, Seite 500. Aus den weiteren Ausführungen von Generaloberst Jodl in seinem Tagebuch ergibt sich, dass die Lage korrekt überprüft worden ist. Den von der Anklage gebrachten ersten Teil, also die 1. zwei Sätze, habe ich bereits vorgelesen. Die Eintragung lautet folgendermassen im weiteren Wortlaut:

"Botschafter Ritter vom Auswärtigen Amt erklärt, dass eine Verschärfung des Konfliktes mit Rücksicht auf die Haltung Argentiniens und Chiles unerwünscht ist und dass vor Kriegsmassnahmen gegen Brasilien mit Japan und Italien Fühlung genommen werden müsse. Auf Vortrag des Chefs WEST hat der Führer am 30. Mai befohlen, dass die SKL durch eine Rückfrage in Rom feststellen solle, ob die bras. Mel-

H0353 - 0024

dungen von Kampfhandlungen gegen Achsen-U-Boote richtig seien. Die Nachprüfungen der SKL ergaben, dass ital. U-Boote an der Nord-Ost-Ecke Brasiliens am 22. und 26. Mai von Flugzeugen angegriffen wurden, die zweifellos von einem bras. Flugplatz gestartet waren. Die SKL übermittelt ausserdem den Wortlaut der amtlichen Bekanntmachung des bras. Luftwaffenministeriums über die Kampfhandlungen und schlägt vor, die in der Zeit vom 22. Juni bis 4. Juli aus westfranzösischen Häfen auslaufenden 10 U-Booten unter Ausnutzung des Tankers U-460 in der Zeit vom 3. bis 8. August vor den Haupthäfen Brasiliens einzusetzen. Der Durchführungsbefehl muss den U-Booten spätestens bis zum 15. Juni erteilt werden. Nachdem der Ob d M dem Führer am 15. Juni nachm. auf dem Berghof dieses vorgetragen hat, erklärte sich der Führer mit den Absichten der SKL einverstanden, befahl jedoch vor endgültiger Entscheidung eine nochmalige Überprüfung der politischen Lage durch das Auswärtige Amt".

Ich glaube, dass sich daraus ergibt, dass man vorsichtig genug gewesen ist, und ich beziehe mich weiter auf Räder-Exhibit 116, das ich hiermit überreiche, das gleiche Dokumentenbuch Seite 503, ein Auszug aus dem Kriegstagebuch, wo unter dem 6. Juni eingetragen ist, dass die Entwicklung dahin geführt hat, dass ein latenter Kriegszustand praktisch schon besteht, (Brasilien völlig USA-hörig, stärkste Verletzung aller deutschen Interessen, einzelne Brasilien-Dampfer von U-Booten versenkt, da nicht bestimmungsgemäss beleuchtet; zunehmende Hetze in Brasilien. Brasilianer behaupten, bereits deutsche U-Boot bei Küstenüberwachung versenkt zu haben.)"

Und ein weiterer Auszug aus dem Kriegstagebuch Räder-Exhibit 11' den ich hiermit überreiche im gleichen Dokumentenbuch Seite 506. Ich bitte das Hohe Gericht von dem Inhalt amtlich Kenntnis zu nehmen und darf lediglich auf Ziffer 3 und 4 im einzelnen verweisen. Unter Ziffer 3 heisst es: "Als Brasilianische Schiffe begannen, sich mit Tarnanstrich zu versehen und zu bewaffnen, wurde am 15. Mai 1942 sofortiger Waffeneinsatz gegen erkennbar bewaffnete Südamerikaner freigegeben."

Und unter Ziffer 4: "Auf Grund der Tatsache, dass Achsen-U-Boote

H0353 - 0025

an brasilianischer Küste von Fahrzeugen angegriffen wurden und dass das brasilianische Luftfahrtministerium amtlich bekanntgab, dass Angriff von der brasilianischen Luftwaffe durchgeführt seien, erbat SKL am 29. Mai 1942 mit 12938/42 g. Kdos. von Wehrmachtführungsstab Freigabe Waffeneinsatz gegen brasilianische Streitkräfte und Handelsschiffe."

Ich überreiche ferner noch Räder-Exhibit Nr. 118, Dokumentenbuch VI, Seite 510. Ich bitte, von diesem Dokument amtlich Kenntnis zu nehmen. Ich möchte nicht daraus zitieren, weil es praktisch den gleichen Inhalt hat, wie wir ihn jetzt schon kennen.

Ich glaube, dass die eben verlesene Ziffer 4 des Dokumentes Nr. 117 den Sachverhalt vollständig klärt und jeden Vorwurf gegen die Marine wiederlegt.

Verhör durch Dr. Siemers:

F: Haben Sie diesen Ausführungen aus dem Kriegstagebuch noch etwas hinzuzufügen, Herr Gross-Admiral?

A: Nein, ich habe nichts mehr hinzuzufügen. Das ist völlig klar.

F: Herr Gross-Admiral, ich darf Sie bitten, nunmehr dem Gericht zu schildern - damit komme ich zum Schluss des Verhörs - wie es dazu gekommen ist, dass Sie im Januar 1943 abdankten?

DR. SIEMERS: Hohes Tribunal, soll ich vielleicht erst eine Pause eintreten lassen?

VORSITZENDER: Falls Sie in einigen Minuten fertig sein können, werden wir noch weitermachen, bis Sie Ihr Verhör beendet haben.

DR. SIEMERS: Ich denke, es dauert vielleicht 10 Minuten.

VORSITZENDER: Jawohl, bitte fahren Sie fort.

Verhör durch DR. Siemers:

F: Ich bitte Sie, zu schildern, wie es dazu kam, dass Sie im Januar 1943 abdankten? Vorher möchte ich nur noch die Frage stellen: Haben Sie schon in früheren Zeiten einmal den Plan gehabt, abzudanken?

A: Ich möchte ganz kurz erwähnen, dass es während der Friedenszeit mehrere Male dazu gekommen ist, dass ich den Führer entweder bat, mich meiner Stellung zu entheben, oder dass ich ihm ein Ultima-

H0353 – 0026

tum stellte. Ich möchte als Beispiel, wie diese Fälle verliefen, nur ganz kurz 2 Fälle anführen. Im November 1938 hatte ich einen Vortrag beim Führer, in Gegenwart von Generaloberst Keitel, über die Schiffstypen, unsere Pläne, wie die Schiffe weiter ausgestalt werden sollten. Bei dieser Gelegenheit begann der Führer, alles, was wir bisher gebaut hatten und im Bau hatten, unter anderem sogar die Pläne des "Bismarck" auf eine ganz unerklärliche Weise anzugreifen und als falsch zu erklären. Ich habe nachher festgestel dass solche Dinge immer dadurch entstanden, dass irgend welche Personen aus seinem Gefolge, die von diesen Dingen wenig verstanden, ihm ihre Ansichten vortrugen, und dass er dann darauf einging, un vielleicht, habe ich mir nachher gesagt, nachprüfen wollte, ob da irgendwie stimmte. Dieser Fall war aber so krass, dass ich nichts anderes tun konnte, als meine Pläne zusammenpacken, in die Mappe steckte und das Zimmer verliess. Generaloberst Keitel war dabei. Der Führer lief mir bis an die Tür nach, bat mich wiederreinzukommen, milderte seine Vorwürfe ab und bat mich unter allen Umständen jetzt nicht den Abschied zu nehmen.

Das zweite Mal - ein rein persönlicher Fall, aber er ist typisch - wollte ein Marine-Adjutant, der gerade eben ernannt war, ein junges Mädchen heiraten, das in Kiel an der Universität einen ganz üblen Ruf hatte. Ich erklärte dem Führer, ich würde nicht di Zustimmung geben. Der Führer liess sich das Mädchen vorstellen un entschied, er hätte nichts dagegen. Ich fuhr vom Berghof ab und sandte dem Führer durch einen Stabs-Offizier einen Brief, indem ich schrieb, ich gebe nicht die Zustimmung, der Offizier bliebe nicht in der Marine, wenn er heiratet, oder ich gehe ab, und ich bäte den überbringenden Offizier die Antwort an mich mitzugeben, da ich meine Entscheidung unmittelbar zu treffen wünsche. Der Führer liess den Offizier 2 Tage warten auf dem Berghof und schickte ihn dann mit einem Brief an mich zurück und sagte: "Gut, der Offizier kann in der Marine nicht bleiben, es wird ein anderer kommandiert. Er wird bei mir in der NSKK irgendwie Führer, und wird dann als einer meiner Partei-Adjutanten weiter Dienst tun." Auch typis

H0353-0027

für den Führer, dass er in gewisser Weise doch seinen Willen durchsetzen wollte, aber er war aus der Marine heraus und ich konnte auch in diesem Punkte meinen Standpunkt behaupten.
Ich habe unter diesen Umständen mich bereit erklärt, weiterzudienen, habe aber, das war Anfang 1939, im Laufe des Frühjahrs noch einmal gebeten, ob ich nicht jetzt ausscheiden könnte, ich wäre schon sehr lange Zeit in der Marine und ich glaubte nicht, dass ich noch längere Zeit die Würde des Amtes tragen könne und ich schlage ihm vor, dass es vielleicht im Oktober 1939 sein könnte. Der Führer lehnte es damals schon ab und es kam ja dann am 1. Oktober zum Kriege, und im Kriege glaubte ich, wenn es nicht ganz dringend wäre, unter gar keinen Umständen die Marine verlassen zu dürfen, zumal ich mich auch für die ganzen Vorbereitungen und Erziehung der Marine voll verantwortlich fühlte. Im Laufe des Kriege wurde das Zusammenarbeiten, das bis dahin, abgesehen von solchen Zwischenfällen, durchaus sympatisch war, denn der Führer bemühte sich stets, mir Achtung entgegenzubringen; im Laufe des Krieges wurde das Verhältnis allmählich stark betrübt und zwar dadurch, dass der Führer nervöser wurde bei Vorträgen, bei Meinungsverschiedenheiten sehr stark aufbrauste, bei Zwischenfällen, wie zum Beispiel technische Versager oder Misserfolg eines Schiffes, sehr ausfallend wurde, wobei es immer wieder dazu kam, dass seine Umgebung in gewisser Weise auf ihn einwirkte, bevor ich die Dinge klären konnte, und ich dann erst nachträglich immer ihn richtig wieder einstellen musste. Also dabei kam es zu unerquicklichen Szenen, di mich ausserordentlich zermürbten.

Ein Punkt, in dem der Führer ausserordentlich empfindlich war, waren die grossen Schiffe. Er war stets beunruhigt, wenn die grossen Schiffe im Ozean waren und dort Handelskrieg führten. Einen Ausfall eines solchen Schiffes, wie Graf Spee, oder später Bismarck empfand er immer als sehr grossen Prestigeverlust und deswegen erregte ihn das besonders. Das ging so weiter bis Ende 1942. Dazu kam nun noch, das hattemich ganz besonders beeindruckt, mein Misserfolg bei der Beratung des Führers in den Fragen der Behandlung

H0353 - 0028

von Norwegen und Frankreich, und vor allem von Russland, dass er stets letzten Endes auf Parteileute, wie zum Beispiel Berghofen, mehr hörte, als auf einen alten Offizier; das führte zu einer Lage die auf die Dauer nicht zu ertragen war.

Ein Grundzug des Führers war ja ein ungeheures Misstrauen eigentlich gegen jedermann, besonders aber gegen alte Offiziere, die aus der früheren Wehrmacht stammten und von denen er, bei aller oft wohlwollenden Behandlung, immer annahm, dass sie doch im Grunde ihres Herzens nicht so eingestellt seien, wie er es verlangen müsse. Gerade der Fall Russland hatte mich so oft im Gegensatz zu ihm geführt, dass dadurch das Verhältnis doch stark beeindruckt wurde. Es ist ja auch von dem Bearbeiter dieser ganzen Kriegstagebücher und Sitzungsprotokolle, dem Admiral Assmann so aufgefasst, dass er an einer Stelle im Anschluss an eine solche Besprechung schreibt:"Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine steht also in vollem Gegensatz zum Führer mit dieser Frage."

Ende 1942, nachdem gerade ich den Schlusspunkt unter die ganze norwegische Frage hatte machen müssen, trat nun ein Zwischenfall ein, der zum Ende führte. Es hatte ein Angriff stattfinden sollen auf einen Geleitzug, der nach Murmansk oder Archangels ging von England. Es war im Dezember, eine Zeit, zu der da oben nur 1 bis 2 Stunden Dämmerung am Tage ist, wo also kein günstiges Wetter für das Kämpfen grosser Schiffe ist, wenn sie sich grösseren Zerstörermengen gegenüber sehen. Die Schiffe waren ausgelaufen, mit Zerstörern zusammen, und waren auch in der Zeit der Dämmerung an den Geleitzug gekommen. Da aber die Dämmerung bald wieder verschwand und es dunkel wurde, und der Geleitzug von vielen Zerstörern gesichert war, hielt der Admiral es für richtig, die grossen Schiffe wieder aus dem Kampfe herauszuziehen. Das war der einzig richtige Entschluss, denn er konnte sie alle zusammen verlieren durch Torpedotreffer.

Einmal diese Tatsache und dann zweitens, dass unglücklicherweise die Funkverbindung zwischen diesem Admiral und der Seekriegsleitung durch atmosphärische Störungen sehr erschwert, teilweise ganz abgebrochen war, was dahin führte, dass der Führer in seinem Hauptquartier, wohin ich ihm alles meldete, was ich melden konnte und selbst erfuhr, ausserordentlich erregt wurde.
Es ging den ganzen Tag mit Hin- und Herfragen und auch am Abend noch konnte ich ihm kein klares Bild geben. Dies erregte ihn ganz

H0353 - 0029

ausserordentlich. Er liess mir dann durch den dort befindlichen Admiral Kranke viele Beleidigungen sagen, und verlangte, ich solle sofort hinkommen, und ich sah, dass hier eine sehr starke Reibung entstünde. Ich bewirkte noch, dass ich erst am 6.Januar , also nach 6 Tagen, hinzukommen brauchte, um die Atmosphäre erst etwas abzukühlen. Am 6.Januar konnte ich mit einem vollen Bericht zu ihm fahren, und am Abend hielt er dann in einer Besprechung mit mir, bei d. auch Herr Generalfeldmarschall Keitel zugegen war, einen ungefähr einstündigen Vortrag, in dem er alles niederzog, was die Marine gemacht hatte, im völligen Gegensatz zu allen bisherigen Beurteilunge der Marine, woraus ich sah, dass er wohl auch einen Bruch herbeiführen wolle.

Ich selbst war fest entschlossen, diese Gelegenheit zu ergreifen, um meinen Abschied zu bekommen, zumal ja auch sich immer mehr herausstellte, dass der Krieg ein reiner U-Boot-Krieg würde, sodass ich glauben konnte, dass ich selbst in diesem Moment mit gutem Gewissen weggehen könnte.

Nachdem er den Vortrag beendet hatte, bat ich ihn, unter 4 Augen mit ihm sprechen zu können. Feldmarschall Keitel und die Stenographen gingen hinaus, und ich selbst sagte nun, dass ich meinen Abschied erbäte, da ich aus seinem Vortrag ersähe, dass er völlig unzufrieden mit mir wäre, und es wäre infolgedessen der gegebene Moment. Wie immer, suchte er zunächst abzuschwächen, aber ich bestand darauf, und erklärte, es müsste unter allen Umständen eine neuer OBDM ernannt werden, der die volle Verantwortung trüge. Er sagte dann, es wäre aber eine sehr grosse Belastung für ihn, wenn ich jetzt wegginge, denn nunmehr wäre die Lage sehr kritisch; es stand Stalingrad bevor. Und zweitens es würde ihm schon vorgeworfen, dass soviele Generale gingen, und die Aussenwelt würde ihn beschuldigen, wenn ich jetzt wegginge.

Ich sagte ihm, was ich dazu tun konnte, dass das nicht geschehe, würde ich tun. Wenn er Wert darauf legte, nach aussen hin nicht den Eindruck zu erwecken, dass ich da im Unfrieden geschieden wäre, so könne er ja den Weg gehen, dass er mich als Generalinspekteur nominel mit einem Titel versehe, der den Eindruck erwecke, dass ich noch zur

H0353 – 0030

Marine gehöre, und dass mein Name mit der Marine verbunden bliebe.

Dieses leuchtete ihm sofort ein, und ich sagte ihm darauf, dass ich bäte, - das war also am 6.Januar, - ich möchte am 3o.Januar entlassen werden. Da war ich gerade 10 Jahre unter ihm tätig als Oberbefehlshaber der Kriegsmarine.

Er erklärte sich auch damit einverstanden und forderte mich auf ihm zwei Nachfolger zu nennen zur Auswahl.

Am 3o.Januar hat er mich dann persönlich verabschiedet, indem er mich zum Admiral-Inspekteur der Marine ernannte. Er sagte, er würde mich noch gelegentlich um Rat fragen; aber das ist niemals vorgekommen, sondern ich bin bloss zweimal entsandt worden, einmal nach Bulgarien, zur Beisetzung des Königs von Bulgarien, und einmal nach Ungarn, zum Reichsverweser Horthy, um ihm einGeschenk des Führers zu überbringen.

F: Herr Grossadmiral, Sie haben sonst als Admiral-Inspekteur keine Arbeiten ausgeführt?

A: Ich habe keinerlei Funktion gehabt und keinerlei Aufträge bekommen.

F: Dann meine letzte Frage. Hatten Sie den Eindruck bei Ihrer Unterhaltung von 6.Januar 1943 mit Hitler, dass er Sie, - sagen wir einmal - ganz gern los sein wollte, mit Rücksicht auf die vielfachen Differenzen, weil Sie häufig Widerspruch gegen ihn erhoben hatten, in marine-technischen und in politischen Dingen, Norwegen, Frankreich, Russland ?

A: Ich glaube wohl, dass er den Willen hatte, mich in diesem Moment loszuwerden, weil ich ihm in gewisser Weise unbequem war. Diesen einen geschilderten Fall, wo ich meinen Willen durchgesetzt hatte, den hat er nie vergessen.

DR.SIEMERS: Ich danke Ihnen.

Hohes Tribunal, ich beende damit das Verhör von Gross-Admiral Raed

VORSITZENDER: Das Gericht wird heute vis 13.30 Uhr Verhandlung abhalten.

Wir werden nun für 10 Minuten vertagen.

(Worauf die Verhandlung für 10 Minuten unterbrochen wurde).

H0353 - 0031

H0353-0032

VORSITZENDER: Haben noch andere Verteidigungsanwälte Fragen zu stellen?

DR.KRANZBÜHLER: Herr Admiral, Sie entsinnen sich der Denkschrift der Seekriegsleitung vom 15.Oktober über Möglichkeiten zur Verschärfung des Handelskrieges ? Sie befindet sich in dem Anklagebuch der britischen Delegation Nr.10 auf den Seiten 96/97 des britischen Textes. Admiral Wagner hat hier bereits darüber ausgesagt. Können Sie dieser Aussage noch etwas hinzufügen über die Aufgabe und den Sinn dieser Denkschrift ?

A: Da der Krieg gegen England für uns völlig überraschend kam, so hatten wir uns mit einzelnen Fragen der U-Boot-Kriegführung bis dahin nur ganz wenig beschäftigt. Wir hatten unter anderem überhaupt noch nicht die Frage des sogenannten uneingeschränkten U-Boot-Krieges behandelt, die ja im vorigen Kriege eine sehr grosse Rolle gespielt hatte. Daraus entstand, dass am 3.September der Offizier, der neulich erwähnt wurde, zum Auswärtigen Amt geschickt wurde, mit einigen Erörterungen über diese Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, damit wir uns erst einmal mit dem Auswärtigen Amt darüber klat würden, wie weit wir gehen konnten, Und das ist dieses Papier, das neulich hier eine Rolle spielte, D-851,GB 451, vom 3.November.

F: Vielmehr vom 3.September .

A: Ja, 3.September.

.....das alle diese Fragen anschnitt. Es haben kann Unterhandlungen mit dem Auswärtigen Amt stattgefunden und bei uns im OKM wurde auf Grund der Resultate dieser Verhandlungen diese U-Boot Denkschrift ausgearbeitet, die von Ihnen erwähnt wurde und die unter dem 15.Oktober herausgebracht wurde. Sie wurde, glaube ich, am 15.Oktober von mir dem Führer vorgelegt, der grundsätzlich mit dem Inhalt einverstanden war. Aber gerade dieser Umstand, dass eine U-Boot-Denkschrift über die Möglichkeit der Verschärfung des U-Boot-Krieges erst am 15.Oktober herauskam, zeigt, wie wenig wir auf diesen Fall vorbereitet waren.

Diese Denkschrift enthält ja vorne den Satz, der von der Anklage-

behörde vorgeführt worden ist bezüglich unserer Stellung zum internationalen Recht, wo gesagt wird:"grösste Kampfsittlichkeit, möglichstes Halten an das Völkerrecht und Stützen aller militärischen Massnahmen auf das internationale, auf das geltende Recht; wenn es aber nicht möglich ist, oder wenn es möglich ist, durch eine Abweichung kriegsentscheidende Erfolge zu erzielen und wir diese Abweichung verantworten können, dann muss auch event. vom geltenden Völkerrecht abgewichen werden, d.h. also auch event. neues Völkerrecht entwickelt werden."
Im übrigen aber ist diese ganze Denkschrift nur ein dauerndes Suchen nach Möglichkeiten, durch geringsten Schaden der Neutralen und durch ein möglichstes Halten an das Völkerrecht den U-Boot-Krieg so gestalten zu können, dass er Erfolge für die Kreigsentscheidung bringt.
Es werden die verschiedensten Fälle erörtert, wie man eine Verschärfung bringen kann, aber es handelt sich immerdarum, dass man nur Ge genmassnahmen gegen feindliche Massnahmen finden möchte.

Fortsetzung des Verhöres des Angeklagten Erich Raeder durch Kapitän Otto Kranzbühler (Verteidiger für den Angeklagten Karl Dönitz)

A: (Fortsetzung) Solche Vorgänge, wie Blockade oder, ein neuer Angriff, Belagerung Englands durch den U-Boot-Krieg werden nach allen Richtungen hin untersucht, es kommt aber die Bearbeitung stets zum Schluss, dass bei der Zahl der U-Boote und bei den sonstigen Bedenken es noch nicht möglich ist, solche Operationen vorzunehmen. Und das Endresultat dieser ganzen Denkschrift, in den Dokument niedergelgt, findet sich auf den beiden letzten Seiten. Ich habe leider nur das deutsche Exemplar vor mir, wo mir unter letzter Absatz D) die abschliessende Beurteilung folgender Sätze bemerkenswert sind, die ich zietieren möchte --

VORSITZENDER: Ist das Datum der 15.Oktober1939 ?

Kapt.KRANZBÜHLER: Jawohl, Seite 96 und 97.

VORSITZENDER: Befindet es sich auf Seite 98, 10A ?

Kapt.KRANZBÜHLER: Im Dokumentenbuch der Anklagevertretung befindet es sich auf Seite 96 und 97.

VORSITZENDER: Welcher Punkt, Nr.10 ?

H0353 - 0033

H0353 - 0034

Kapt.KRANZBÜHLER: Zehn.

VORSITZENDER: Diese Nummern sind nicht richtig. Die Bezugnahme darauf ist unrichtig.

Kapt.KRANZBÜHLER: Seite 99 und 100, werde ich gerade belehrt.

(Kurze Besprechung zwischen Sir David Maxwell-Fyfe und Kapt.Kranzbühler)

Kapt. KRANZBÜHLER: In dem Dokumentenbuch der Anklage ist nur ein kurzer Auszug, der Zeuge hat das ganze Dokument in der Hand.

VORSITZENDER: Wo ist der Auszug ?

Kapt.KRANZBÜHLER: Auf Seite 99 und 100, Anklagepunkt 10, GB Nr.224. - Herr Präsident, ein weiterer Auszug aus dem gleichen Dokument ist bereits erörtert worden. Er befindet sich im Dokument Dönitz, Band III, Seite 199- 203. Ich glaube aber nicht, dass es erforderlich ist, darauf Bezug zu nehmen, denn der Zeuge wird nur einen oder zwei Sätze vorlesen.

A: (Angeklagter Erich Raeder) Also der Schlussabsatz, "Abschliessende Beurteilung" lautet:"Ziffer 1) Die bisherige Form der Prisenordnung entspricht nicht den militärischen Forderungen nach rücksichtsloser Schärfe. Ein grosser Teil der feindlichen Handelsschiffe unter anderem die gesamte Ausfuhr auf neutralen Schiffen, wird nicht erfasst. Die rechtspolitische Forderung, die neutralen Handelsschiffe anhalten und untersuchen zu müssen, kann bei der starken Luftüberwachung und U-Boot-Abwehr im feindlichen Küstenvorfeld nicht mehr verantwortet werden. Der Handelskrieg nach Prisenordnung muss daher eingeschränkt und in der Nord- und Ostsee nur den Überwasser-Streitkräften überlassen werden. Im Atlantik beschränken sich die U-Boote im Vorfeld der feindlichen Küsten auf den warnungslosen Angriff auf Geleitzüge, Truppentransporte, bewaffnete und nach Vorgang auf alle feindlichen Handelsschiffe, und führen den Handelskrieg nach Prisenordnung nur in besonderen Fällen . Ein Einsatz der operativen Luftwaffe im Handelskrieg ist nicht möglich. Der Handelskrieg vollzieht sich im völkerrechtlichen Sinne. Eine Konfliktmöglichkeit mit den Neutralen besteht nicht."

Noch ein Satz:

"Falls die oberste Kriegsleitung sich aus politischen Gründen

zur schärfsten Form der Handelskriegführung durch die Belagerung zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht entscheiden vermag, wird unter Beibehaltung der bisherigen Handelskriegführung durch verstärkte, rücksichtslose Minenverwendung und Luftangriffe auf feindliche Hafenanlagen eine Steigerung der Wirksamkeit der Unterbindung des feindlichen Handels zu erzielen sein. Eine entscheidende Wirkung kann jedoch durch den Handelskrieg in der augenblicklichen Form nicht erwartet werden."

Soweit das Zitat.

Kapt.KRANZBÜHLER: Das unmittelbare Ergebnis dieser Denkschrift Ihres Vortrages beim Führer war der Befehl vom 17.Oktober ?

A: Jawohl. Und das betrifft 1) dass alle Handelsschiffe torpediert werden dürfen und, 2) als Verschärfung, dass Passagierdampfer in Geleitzügen torpediert werden dürfen, einige Zeit nach dem eine Bekanntmachung darüber erfolgt wäre.

Das war also im Rahmen der Verschärfung Zug um Zug, wie wir sie bis dahin auf die einzelnen feindlichen Massnahmen durchführt haben.

VORSITZENDER: Kapt.Krankbühler, wenn dieser lange, vom Angeklagten verlesene Auszug noch nicht als Tatbestand vorgelegt wurde, muss er von Ihnen als solcher eingereicht werden. Meines Wissens wurde er bis jetzt noch nicht vorgelegt.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzander, ich glaube, behilflich sein zu können. Ich werde dieses Dokument verwenden und es dem Gericht vorlegen.

VORSITZENDER: Wurde es schon als Tatbestand eingereicht ?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Nur teilweise, nicht jener Teil, auf den sich der Angeklagte soeben bezogen hat. Ich werde mich aber in Anbetracht dessen später darauf beziehen.

VORSITZENDER: Sehr gut.

Kapt.KRANZBÜHLER: Herr Grossadmiral, Sie sprachen davon, dass vor 1935 gewisse Vorbereitungen stattgefunden hätten für einen Aufbau einer deutschen U-Boot- Waffe. War der Grossadmiral Dönitz an diesen Vorbereitungen irgendwie beteiligt ?

H0353 - 0035

A: In gar keiner Weise war er beteiligt. Er befand sich ja, wie hier schon gesagt wurde, im letzten Jahr im Ausland. Vorher hatte er nichts damit zu tun gehabt.

F: Sie berichten eben über Ihren Abgang als Oberbefehlshaber der Kriegsmarine. Wollen Sie bitte mir sagen, in welcher Weise es dazugekommen ist, dass Admiral Dönitz Ihr Nachfolger wurde?

A: Der Führer hatte mir befohlen, zwei Admirale als Nachfolger vorzuschlagen. Ich schlug ihm schriftlich erstens als Älteren - - -

VORSITZENDER: Kapt.Krankzbühler, in welchem Zusammenhang ist das? Ich meine, welche Erheblichkeit hat es für unsere Entscheidungen, auf welche Weise Oberbefehlshaber der Marine wurde ?

Kapt.KRANZBÜHLER: Das hat insoferne Bedeutung, Herr Präsident, als die Anklage behauptet, Admiral Dönitz sei auf Grund politischer Beziehungen oder Verdienste Nachfolger von Grossadmiral Raeder geworden.

VORSITZENDER: Gut.

Kapt.KRANZBÜHLER: Wollen Sie bitte fortsetzen, Herr Grossadmiral.

A: Ich werde ganz kurz sein. Ich schlug in erster Linie den Generaladmiral Karls vor, der der Ältere war und sehr grossen Überblick über die ganze Seekriegführung der Marinepolitik hatte. Für den Fall, dass ich dem Führer dokumentieren wollte, dass er jetzt den U-Boot-Krieg ganz in den Vordergrund stellte, schlüge ich Admiral Dönitz vor, der die grösste Autorität auf diesem Gebiet wäre. Von irgendwelchen politischen Rücksichten ist überhaupt nicht die Rede gewesen, so dass es eine rein fachliche, technische Ernennung war.

Kapt.KRANZBÜHLER: Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

H0353-0036

H0353 - 0037

DR. NELTE: (Verteidiger fuer den Angeklagten Keitel):

Herr Praesident. Das Tribunal hatte mir mit Schreiben vom 26. Maerz gestattet, dass fuer den Angeklagten Keitel ein Affidavit des Mitangeklagten Grossadmiral Raeder vorgelegt werden koenne, wenn der Anklagebehoerde Gelegenheit gegeben waere, den Grossadmiral Raeder im Kreuzverhoer ueber seine Aussagen zu vernehmen. Ich habe das Affidavit der Anklagebehoerde zugeleitet und diese hat keine Einwendungen erhoben. Ich bitte dieses Affidavit, das sich auf Stellung und Funktionen des Angeklagten Keitel, als Chef OKW bezieht, als Beweisstueck Nr. 19 entgegenzunehmen, nachdem mir Herr Grossadmiral Raeder bestaetigt hat, dass er dieses Affidavit unterschrieben hat und mit der Einreichung einverstanden ist.

F: Herr Grossadmiral. Sie kennen die Fragen, die ich an Sie gestellt und die Sie am 19. Maerz schon nach Rueckspräche mit Ihrer Verteidigung beantwortet und unterzeichnet haben.

A: Es handelt sich doch um die Stellung des Feldmarschall Keitel im OKW?

F: Jawohl.

A: Das ist mir ganz genau bekannt.

DR. NELTE: Dann darf ich dieses Affidavit ueberreichen.

Die Anklagebehoerde hat auch eine Abschrift.

Ich habe noch einige Fragen an Grossadmiral Raeder, deren Beantwortung, mit Erlaubnis des Gerichtes, sehr vereinfacht werden koennte. Es handelt sich um die gleichen Fragen, die ich am 9. Mai, also heute vor acht Tagen, an Grossadmiral Doenitz richtete und die sich beziehen auf den vom Zeugen Dr. Gisevius behaupteten ungeheueren Einfluss Keitels und auf den Ring des Schweigens, den Keitel um Hitler gezogen haben soll.

Ich moechte den Zeugen Grossadmiral Raeder nur fragen, wenn das Gericht es erlaubt, ob er die von Grossadmiral Doenitz in seiner Gegenwart auf meine Fragen gegebenen Antworten, auch fuer die Zeit vor 1943, also fuer die Zeit in der Raeder Oberbefehlshaber der Kriegsmarine war, als richtig bestaetigen kann. Ich bitte um die Entscheidung des Gerichtes, ob ich diese allgemeine Frage zur Abkuerzung des Verfahrens, so stellen darf.

VORSITZENDER: Ja, sicher.

DURCH DR. NELTE:

F: Herr Grossadmiral, Sie haben gehoert und ich frage Sie, koennen Sie und

H0353-0038

Grossadmiral Doenitz auf meine Fragen am 9. Mai gegebenen Antworten auch fuer die Zeit vor 1943 als richtig bestaetigen?

A: Jawohl, das kann ich.

F: Nun habe ich noch eine Schlussfrage. In Ihrem Verhoer wurde das Dokument L-73 der kleine Schmundt behandelt.

A: L-73?

F: L-79, Verzeihung. Sie haben dieses Dokument als ungenau beanstandet und als nicht beweiskraeftig bezeichnet?

A: Jawohl.

F: Herr Dr. Siemers hat dann einen Teil des Dokumentes verlesen, das die Anklagebehoerde, als sie diese Urkunde vorlegte, noch nicht verlesen hatte. In diesem verlesenen Teil des Dokumentes ist die Rede von einem Studienstab beim OKW.

A: Ja.

F: Ich bitte Sie mir zu sagen, ob ein solcher Studienstab beim OKW tatsaechlich gebildet worden ist?

A: Meines Wissens nicht. Die Bearbeitung erfolgte durch den Wehrmachtsfuehrungsstab, in dem ja Offiziere aller drei Wehrmachtsteile drin waren.

F: Also trat keinerlei Veraenderung in dem Aufgabengebiet und in der Zustaendigkeitsverteilung ein?

A: Nein, durchaus nicht.

F: Es betrifft das auch die Fragen der Bearbeitung der strategisch-operativen Gebiete zwischen OKW, Wehrmachtsfuehrungsstab einerseits und den Generalstaeben der Wehrmachtsteile bzw. Seekriegsleitung andererseits.

A: Soweit die Seekriegsleitung in Frage kommt, jawohl, hat sich nichts geaendert daran.

F: Soweit es sich aber um die anderen Wehrmachtsteile handelt wissen Sie nichts, oder?

A: Nein, das kann ich nicht sagen, dass weiss ich nicht.

F: Darueber hat Feldmarschall von Brauchitsch und Halder ausgesagt.

A: Ja.

DR. NELTE: Ich danke, ich habe keine weiteren Fragen mehr.

VORSITZENDER: Herr Dr. Nelte, ist das Affidavit, auf das Sie sich bezogen haben,

H0353 - 0039

in Ihrem Dokumentenbuch enthalten?

DR. NELTE: Noch nicht, es wird Nr. 19.

VORSITZENDER: Jawohl. Werden Sie dafuer sorgen, dass Uebersetzungen dem Gerichtshof uebergeben werden?

DR. NELTE: Jawohl.

DR. LATERNSER (Verteidiger fuer den Generalstab und fuer das OKW): Herr Grossadmiral. Sie sind das aelteste Mitglied der Gruppe Generalstab und OKW und haben dieser angeblichen Gruppe am laengsten angehoert?

A: Jawohl.

F: In welcher Weise sind Sie Mitglied dieser angeblichen Gruppe geworden?

A: Ich bin von Reichspraesident, Generalfeldmarschall von Hindenburg, zum Chef der Marineleitung ernannt worden und dadurch nicht etwa in diese Gruppe eingetreten, sondern eben Chef der Marine geworden. Von einer Gruppe wusste man nichts.

F: Fuer den Beitritt und Verbleib in der Gruppe wird von der Anklagebehoerde das Erfordernis der Freiwilligkeit aufgestellt, Bestand ueberhaupt die Moeglichkeit, dass sich militaerische Fuehrer fuer freigewordene Posten melden konnten?

A: Nein, so was gab es nicht.

F: Also massgebend war die militaerische Leistung?

A: Es war ein militaerischer Befehl. Von irgendwelcher Freiwilligkeit war gar keine Rede.

F: Kannten Sie die jeweiligen Mitglieder der Gruppe zu der Zeit, als Sie dieser Gruppe angehoert haben?

A: Nein, ich kannte sicher nicht alle von den anderen Wehrmachtsteilen. Einen grossen Teil kannte ich selbstverstaendlich.

F: Jawohl. Hat innerhalb der rein militaerischen Fuehrung jemals eine Beratung ueber einen Plan stattgefunden, mit dem Zweck der Entfesselung von Angriffskriegen?

A: Nein, es hat niemals eine solche Beratung stattgefunden. Es ist hier wiederholt zur Sprache gekommen, wie die einzelnen Unternehmungen entstanden, politischer Entschluss des Fuehrers, Weisung von ihm herausgegeben ist, dann bearbeitet worden.

F: Herr Grossadmiral, ich meine jetzt nicht bei dieser Frage die Sitzungen,

H0353 - 0040

die unter der Fuehrung von Hitler stattgefunden haben, ich meine nur rein..., also Sitzungen rein militaerischer Dienstgrade.

A: Was meinen Sie, innerhalb der verschiedenen Wehrmachtsteile?

F: Innerhalb der verschiedenen Wehrmachtsteile...

A: Ja, natuerlich fanden innerhalb der Seekriegsleitung Sitzungen ueber irgendwelche Fragen statt. Aber nicht ueber Angriffskriege.

F: Ja, darauf bezog sich ja allein diese Frage.

Die Anklage behauptet weiter, dass diese angeklagte Gruppe von dem Regime des Nationalsozialismus ueberhaupt erst eingerichtet worden sei. Ist das richtig?

A: In gar keiner Weise. Es hat ueberhaupt keine Gruppe bestanden, sondern die Organisation war so, wie sie verschiedentlich dargestellt wurde.

F: Und wie sie in allen Heeren der Welt auch immer bestanden haben?

A: Ja, wie sie immer bestanden haben.

F: Die Anklage hat weiter behauptet, dass nach der Machtergreifung durch Hitler, die hohen militaerischen Fuehrer die Wahl gehabt haetten, entweder mitzuarbeiten, oder die Folge hinzunehmen, dass das neue Regime eine neue oder eigene Wehrmacht gruenden wuerde und aus dieser Sachlage heraus haetten sich die Generaele erst zur Zusammenarbeit entschlossen. Stimmt diese Behauptung der Anklage?

A: Nein, dass daraufhin irgendein Entschluss stattgefunden hat, ist nicht der Fall. Ich weiss, dass solche Bestrebungen vorhanden waren und ich z. B. einmal dem Fuehrer im Jahre 1934 meldete, mir waere mitgeteilt, dass der SA-Gruppenfuehrer Killinger, der Fuehrer in der Marine war und hier hervorgegangen sei, die Absicht haette, Chef der Marineleitung zu werden. Aber irgendwelche weitergehende Bestrebungen habe ich nicht erlebt, aber vor allen Dingen ist nicht etwa ein Zusammenschluss der Generaele, zur Abwehr eines solchen Versuchs, vorgekommen.

F: Die Behauptung der Anklage ist also nicht richtig?

A: Nein, nicht richtig. Das war ueberhaupt keine Art und Weise, die dem soldatischen Empfinden entsprach, dass da Zusammenschluesse stattfanden, um irgend etwas abzuwehren.

F: Die Anklage behauptet weiter, dass die Gruppe, vor allem die Generaele, sich von dem Regime haetten gewinnen lassen, wegen dem Ausblick auf Eroberung. Ist diese Behauptung richtig?

A: Das ist eine vollkommen unzutreffende und aus der Luft gegriffene Behauptung.

H0353 - 0041

F: Ist militaerischerseits jemals und in irgendeiner Form das Bestreben der Partei, die alleinige Gewalt in Deutschland an sich zu reissen, unterstuetzt oder gefoerdert worden?

A: Es ist mir nicht bekannt, dass dies jemals vorgekommen ist. Meinen Sie die Machtergreifung...

F: Nach der Machtergreifung, die Bestrebungen der Partei, die alleinige Herrschaftsgewalt in Deutschland an sich zu reissen. Ist die Partei in dieser Richtung durch militaerische Fuehrer, soweit Ihnen bekannt, unterstuetzt worden?

A: Nein.

F: Sie haben gestern, auf Befragen Ihres Verteidigers, die Art und Weise geschildert, wie es zu Ihrer Vereidigung auf Hitler gekommen ist. Bestand, wenn diese Absicht bei einem der Oberbefehlshaber vorgelegen haben wuerde, damals die Moeglichkeit, den Eid zu verweigern?

A: Das kann ich nicht sagen, aber ich glaube, keiner von uns sah die Notwendigkeit, diesen Eid zu verweigern.

F: Die Anklage hat weiter behauptet, dass die hohen militaerischen Fuehrer mit den Grundlagen und Zielen des Nationalsozialismus voll uebereingestimmt haetten. Ist das richtig?

A: Das habe ich gestern hier auseinandergesetzt, wie weit man mit den Grundlinien des Nationalsozialismus uebereinstimmen konnte und wie weit man diese Grundlienien auch seinen Soldaten anerzog. Alles darueber hinaus wurde abgelehnt und fand keinen Eingang in die Kriegsmarine.

F: Haben die Ihnen unterstellten und in die Gruppe fallenden Offiziere jemals einen Einblick in die politische Lage und Absichten Hitlers gehabt, sodass man von einer Teilnahme oder Mitgliedschaft an einem Plan sprechen kann?

A: Nein. Es war ja allgemein verboten, ueber Reden, in denen Hitler ueber Absichten und Entwicklungsmoeglichkeiten sprach, ueber solche Reden mit irgend jemanden zu sprechen. Offiziere unterhalb der Wehrmachtsbefehlshaber erhielten nur Kenntnis, wenn es soweit war, dass eine Weisung herausgegeben wurde.

F: Es wird von der Anklage behauptet, dass die...

A: Ich muss da einschraenken. Diese Weisung wurde ja zunaechst im Oberkommando des Heeres, der Marine, bearbeitet. Sie erhielten also Kenntnis, wenn die Weisung des einzelnen Wehrmachtsteiles herausgegeben wurde und das geschah immer

H0353 - 0042

erst eine gewisse Zeit spaeter.

F: Die Anklage behauptet weiter, dass die hohen militaerischen Fuehrer nicht Militaer-Techniker gewesen seien, sondern die Angriffsabsichten Hitlers gekannt und willig mitgearbeitet haetten. Koennen Sie mir militaerische Fuehrer nennen, die irgendwelchen aggressiven Handlungen, bevor sie befohlen waren, positiv gegenueberstanden?

A: Das kann ich nicht sagen. Ich habe gestern hier ausgefuehrt, wie der General-Admiral Carls mich auf die Gefahr aufmerksam machte, die in Norwegen drohte. Er hat aber auch weiter nichts getan, als mir die Nachrichten mitgeteilt, mich auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die die Lage beleuchtet hat.

F: Die Stellungnahme des fruheren Oberbefehlshabers der Wehrmacht, von Fritsch und die des Generalstab-Chefs Beck, zur Frage eines Krieges, ist ja bekannt. Ich wollte Sie nur fragen, hat der Oberbefehlshaber des Heeres, Feldmarschall von Brauchitsch, die gleiche Einstellung einem Heer gegenueber gehabt?

A: Ich glaube, jawohl.

F: Ueber die Besprechung am 5. November 1937 haben Sie sich gestern bereits ausfuehrlich ausgelassen. Ich moechte...

VORSITZENDER: Herr Dr. Laternser. Sie haben diese Art von Fragen an jeden Marine- und Militaerzeugen gerichtet, der vorgeladen wurde. Was der Gerichtshof zum Ausdruck bringen will ist, dass kein Kreuzverhoer durch irgendein Mitglied der Anklagebehoerde stattgefunden hat, der irgendeinen dieser Punkte anzweifelt. Diese Aussage ist daher nur wiederholend und kummulativ. Sie wird auch durch jeden Militaer- und Marinezeugen, der als Zeuge vernommen wird, wiederholt werden. Es ist dies nur eine Verschwendung der Zeit des Gerichtshofes. Wenn Fragen von einem Zeugen beantwortet werden und von der anderen Seite wird kein Kreuzverhoer hierueber vorgenommen, so ist es ueblich anzunehmen, dass die Antworten als angenommen gelten.

DR. LATERNSER: Herr Praesident, das ist fuer mich eine ausserordentlich wichtige Frage, die jetzt beruehrt worden ist, naemlich die Frage, ob eine Frage deswegen unzulaessig ist, weil sie nach Ansicht des Gerichtes kummulativ ist. Ich wuerde gerne dazu einige kurze Ausfuehrungen machen, ob eine Frage kummulativ ist oder nicht.....

VORSITZENDER: Herr Dr. Laternser, Sie koennen sicher verstehen, was der Gerichts-

H0353 - 0043

hof Ihnen gesagt hat, naemlich, dass es in Anbetracht der Bestimmungen des Statuts jetzt wuenscht, dass dieser Prozess so schnell wie moeglich durchgefuehrt wird. Der Gerichtshof wuenscht nicht, dass die gleichen Aussagen immer wieder und wieder beigebracht werden. Ist das klar?

DR. LATERNSER: Herr Praesident. Wenn ich unterstellen kann, dass das Gericht diejenigen Beweise, die ich mit der Stellung der Fragen dartun will, als wahr hinnimmt, dann kann ich selbstverstaendlich auf die Stellung solcher Fragen verzichten. Ich kann aber nicht feststellen, ob das der Fall ist, wenn ich nicht bestimmt weiss, ob ich einen bestimmten Beweis schon erbracht habe...

VORSITZENDER: Was ich darlegen wollte war, dass Sie dieselben Fragen einer grossen Anzahl von Zeugen gestellt haben und dass auf diese Fragen kein Kreuzverhoer durchgefuehrt wurde. Unter diesen Umstaenden koennen Sie annehmen, dass die, von den Zeugen gegebenen Antworten angenommen sind.

DR. LATERNSER: Wenn ich diesen Schluss jetzt zu ziehen berechtigt bin, werde ich selbstverstaendlich auf die Stellung solcher Fragen in Zukunft verzichten.

Ich habe nur noch wenige Fragen, Herr Praesident.

H0353 - 0044

DR.LATERNSER: (Verteidiger für den Generalstab und OKW) Zur Begründung der Anklage gegen die Gruppe Generalstab und OKW sind von der Anklagebehörde zwei eidesstattliche Versicherungen vorgelegt worden und zwar eine von Generalfeldmarschall Blomberg und eine von Generaloberst Blaskowitz. In diesen beiden eidesstattlichen Versicherungen erklären diese beiden Generale daß allgemein innerhalb der Generalität vor dem Kriege die Ansicht bestanden habe, daß die Frage des Korridors unbedingt und zwar eventuell mit Gewalt entschieden werden müsse.

Ist diese von den beiden Generalen abgegebene Meinung richtig? Hat Ihre Einstellung damals dieser Allgemeinheit gegolten?

A: Ich habe niemals von einer solchen Auffassung gehört. Mir gegenüber hat auch von Blomberg niemals so etwas geäussert. Die Frage Polen ist bei uns in der Marine nur soweit erörtert worden, wie es in den letzten Tagen hier zur Sprache gekommen ist, nämlich, daß ein Angriff auf Polen von Seiten Deutschlands unter allen Umständen verhindert werden müsse.

VORSITZENDER: Der Angeklagte hat gesagt, dass er das noch niemals gehört hat.

DR. LATERNSER: Das war auch der Grund, weshalb ich die Frage an den Zeugen gerichtet habe.

A: Die politischen Fragen wurden ja 1933 lediglich von Hitler erörtert und entschieden und er hat gesagt, die ganze Politik würde von ihm gemacht.

F: Es ist also wichtig, dass die Generalität diesen Standpunkt, den Blomberg und Blaskowitz angegeben hatten nicht zutreffend ist?

A: Ich habe jedenfalls aus der Generalität nichts darüber gehört. In der Marine war er nicht.

F: Sie waren auch bei den Besprechungen am 23. November 1933?

A: Jawohl!

H0353 - 0045

F: Ich möchte aber zusätzlich zu diesen Besprechungen noch eine Frage stellen:

Herr Grossadmiral erinnern Sie sich, dass in diesen Besprechungen Hitler den Generälen den Vorwurd gemacht hat, dass sie noch an überholten Begriffen hingen und dass diese abgelehnt werden müssen?

A: Das kann ich mit Sicherheit nicht sagen. Ich glaube mich zu erinnern, dass ich einmal so etwas gehört habe, dass Hitler dieser Auffassung wäre.

F: Nun habe ich noch eine letzte Frage über das Dokument, das Ihr Verteidiger beretis vorgelegt hat. Es handelt sich um das Dokument C-66, das von der britischen Anklagebehörde unter GB-81 vorgelegt worden ist. Es befindet sich im Dokumentenbuch 10, Seite 13, oder 10a, Seite 35. Auf Seite 5 zum letzten Absatz dieser Seite haben Sie folgendes ausgeführt. Ich zitiere:

"Wie aus vielen Äusserungen und Planungen hervorgeht, rechnet der Führer mit einer grundsätzlichen Beendigung des Ost-Feldzuges im Herbst 1941. Während das Oberkommando des Heeres (Generalstab) sehr skeptisch war."

Herr Großadmiral ich wollte Sie fragen, worin hat diese Skepsis bestanden?

A: Soweit ich weiss, war das Oberkommando des Heeres der Ansicht, dass es unmöglich wäre, einen so gewaltigen Feldzug in einer so kurzen Zeit zu erledigen und auf diesem Standpunkt standen auch sehr viele andere Menschen. Während der Führer glaubte, dass er an Hand der neuen Waffen und seiner Strategie, den Feldzug sehr schnell erledigen könnte.

F: Wissen Sie etwas darüber, ob gerade bei dieser Stelle militärische Bedenken grundsätzlicher Art vor Beginn des Russland Feldzuges bestanden haben.

A: So weit ich weiss, war das Oberkommando des Heeres sehr ablehnend, aber da kann ich auch nichts genaues sagen.

DR.LATERNSER: Danke schön, ich habe keine weitere Frage meh

H0353-0046

PROFESSOR KRAUS: (In Vertretung von Dr. Luedinghausen, Verteidiger für den Angeklagten von Neurath)

Herr Grossadmiral, im Verlaufe der Verhandlung ist oft bekundet worden, ich glaube von dem Mitangeklagten Goering, dass der Feldmarschall von Hindenburg besonders gewünscht hat, dass Herr von Neurath Aussenminister würde.

Ist Ihnen darüber etwas bekannt?

A: Das ist mir damals bekannt geworden, dass Hitler diesen Wunsch geäussert hatte. Der Wunsch fiel mir besonders auf, weil von Hindenburg bis dahin nur die Ernennung des Reichswehrministers und des Chefs der Heeresleitung und Marineleitung gegenüber der Reichsregierung als sein Vorrecht betrachtet hatte. Es war zum erstenmal, dass er auch beim Aussenminister diese Bitte aussprach.

F: Also es entsprach nicht der Praxis, dass Feldmarschall von Hindenburg, den Ministerposten angetragen hat?

A: Nein, er hat diesen Wunsch, den Reichswehrminister zu ernennen, auch gegenüber den vorhergehenden Sozialdemokraten und Demokratischen- und anderen Regierungen durchgesetzt.

F: Was mag der Grund des Feldmarschalls von Hindenburg gewesen sein, dass er eingegriffen hat?

A: Er wollte unter allen Umständen sicherstellen, dass die bisherige friedliche Politik Deutschlands weiter durchgeführt würde und er war sicher, dass Herr von Neurath, diese Politik in seinem Sinne weiterführen wollte.

F: Er hat besonderes Vertrauen zu der bisherigen Haltung von Neurath gehabt?

A: Ohne Zweifel.

F: Sie kannten von Neurath ganz gut und waren über seine politischen Grundanschuungen orientiert? Was waren die Hauptgrundlinien dieser Politik?

A: Von Neurath wollte die allmähliche Gesundung des deutschen Volkes durchgeführt wissen und wollte danach streben, die Gleichberechtigung des Deutschen Reiches mit friedlichen Mitteln herbeizuführen.

H0353 - 0047

Er wollte vor allen Dingen mit England ein gutes Verhältnis haben, was auch im Sinne von Hindenburg war und gerade auf diesem Punkt trafen wir uns beide.

F: Also man kann sagen, von Neurath galt Ihnen als Exponent einer Verständigung mit England und einer friedlichen Ausgleichspolitik.

A: Jawohl.

F: Und dass habe ich noch eine zweite Frage an, Gross-Admiral. Ein Fritz Wiedemann, der Adjudant Hitlers von 1935 bis 1939 war, hat ein Affidavit eingereicht. Die Staatsanwaltschaft hat dieses Affidavit unter PS. 3073 eingereicht. In diesem Affidavit bekundet er, Wiedemann, dass am 28. Mai 1938 eine Besprechung im Wintergarten der Reichskanzlei mit allen massgebenden Leuten des Auswärtigen Amtes, des Heeres und der Führungsstellen stattgefunden habe, also eine Mamut-Versammlung, der man gegenüber wenig Zweifel haben kann, ob die Herren des Wintergartens Platz gehabt haben.

Und hier sagt er, ausser Göring, General Beck, Admiral Raeder, General Keitel, von Brauchitsch, sei gleichzeitig anwesend gewesen von Neurath, von Ribbentrop und ausserdem Sie.

In dieser Versammlung hat Hitler u.a. von der Tschechoslowakei gesprochen und hat erklärt, es sein sein unerschütterlicher Wille, dass die Tschechoslowakei von der Landkarte verschwinden müsse. Ist Ihnen etwas von dieser Versammlung bekannt?

A: Während ich micht sonst jeder solchen größeren oder wichtigeren Versammlung erinnere, habe ich auch nicht die geringste Erinnerung an diese Versammlung in jener Zeit. Die Zusammensetzung scheint mir auch unwahrscheinlich. Ich habe niemals in solchen Versammlungen Neurath und von Ribbentrop zusammen gesehen. Ich möchte auch bezweifeln, ob Herr von Neurath in jener Zeit überhaupt noch in Berlin war. Er war ganz bestimmt nicht in dieser Versammlung. Und auch in erinnere mich keiner Versammlung in der von Ribbentrop war als Aussenminister, wenn militärische Dinge besprochen worden waren. Ich glaube, dass

Herr Wiedemann sich irrt, denn auch ich habe ihn niemals in einer Versammlung gesehen, in der solche Dinge besprochen worden sein sollen. Es schickte der Führer diesen persönlichen Adjutanten vorher stets hinaus. Ich glaube, dass eine Verwechslung vorliegt.

F: Eine so wichtige Begegnung des Führers würden Sie ja zweifellos im Gedächtnis behalten haben.

A: Jawohl. In jenem Sommer gingen die Auffassungen des Führers ja sehr stark hin und her. Ich glaube, dass Ende Mai damals eine Mobilmachung in der Tschechoslowakei war, oder so etwas, ich kann es aber nicht mehr genau sagen; aber eine solche Versammlung, in der ich das geäussert habe, habe ich meines Wissens nicht erlebt.

Dr. Kraus: Danke, ich habe keine Fragen mehr.

VORSITZENDER: Haben irgendwelche andere Verteidigungsanwälte Fragen zu stellen?

(Keine Antwort)

SIR DAVID: Es erscheint uns nicht mehr der Mühe wert zu sein, anzufangen mit dem Kreuzverhör.

SIR' DAVID MAXWELL FYFE: Eure Lordschaft ich stimme dem bei.

(Das Gericht vertagt sich auf 20.Mai 1946, 10.oo Uhr vormittags

H0353 – 0048